

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13008.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Verlegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Heftiger Artilleriekampf in Flandern.

Die Alldeutschen und Michaelis.

Die Politik Bethmann Hollwegs hatte keine stark persönliche Note. Die heftigen Angriffe, die auf ihn gerichtet wurden, haben nur den Schein erweckt, als sei er der richtunggebende Faktor in der Politik der deutschen Regierung gewesen. In Wirklichkeit führte er bei den Entscheidungen, die über die Richtung der deutschen Politik während des Krieges getroffen wurden, nur eine Stimme. Seine Politik war abhängig von dem Entschluß verschiedener Faktoren, zu denen der deutsche Reichstag nicht gehörte. Auf ihn und diese Faktoren aber, die im Kronrat — eine Institution, die die deutsche Verfassung nicht kennt — zur Geltung kommen, wirkten die Ereignisse des Krieges. Ihr Entschluß war das Resultat von Erwägungen über die militärische Lage an den Fronten und über die inneren Zustände Deutschlands und der ihm verbündeten Staaten.

Diese Erwägungen aber haben nie eine vollkommene und öffentliche Zustimmung zu den weitgehenden Eroberungsplänen der Alldeutschen ermöglicht. Trotz des gleichen Strebens, trotz der Gleichheit des Willens erkannte man in diesen Kreisen die Unmöglichkeit, die erstrebten Ziele zu erreichen. Diese Kreise rechneten anders, als die unverantwortlichen alldeutschen Politiker, für sie stand mehr auf dem Spiele. Während die Alldeutschen, die sich in der Presse ausgeben, eine prinzipiell annexionsistische Politik treiben, nach Zielen streben, die von vornherein fest umrissen sind, verfolgen diese Kreise eine opportunistische Eroberungspolitik, sie wollen nehmen, was erreichbar ist.

Das Maß des Erreichbaren aber schwankte beträchtlich im Verlauf der Ereignisse, woraus sich das sonderbare Schwanken der Regierungspolitik unter Bethmann Hollweg erklärt. In diesen Schwankungen aber zeigte sich eine feste Tendenz: die Regierung wurde durch die Verhältnisse Schritt für Schritt vorwärtsgebrängt in der Richtung des Friedens. Dieser Entwicklungsprozess hätte beschleunigt werden können, wenn starke politische Parteien im Reichstag die Regierung in dieser Richtung vorwärtsgebrängt hätten. Davon aber war keine Rede. Die abhängigen Sozialisten, die sich diese Entwicklung der Regierungspolitik als Erfolg zuschreiben, haben im Gegenteil diese Entwicklung durch ihre Politik verzögert. Sie haben das Volk getäuscht über die Absichten der Regierung, und die Regierung über die Stimmung im Volke.

Diese Entwicklung seiner Politik aber hat Bethmann Hollweg die bittere Feindschaft der Alldeutschen zugezogen. Er stürzte, Michaelis trat an seine Stelle. Er wurde von den Alldeutschen warm begrüßt. Sie wußten, daß er der Vertrauensmann der Männer war, die im Kronrat eine wichtige Stimme führen, und die auf anderem Felde wichtige Entscheidungen zu treffen haben.

Der neue Kanzler ist jedoch von denselben Faktoren abhängig wie seinerzeit Bethmann Hollweg. In seiner Politik kam die Sympathie mit dem Eroberungswillen der Alldeutschen um eine Nuance deutlicher zum Ausdruck, aber schließlich mußte er in dieselbe Bahn geraten wie sein Vorgänger. Seine Antwortnote auf die Note des Papstes ist der deutlichste Beweis dafür. Diese Note wurde von der alldeutschen Presse zunächst als Fleiß von ihrem Fleische hingestellt — trotz aller Kritik. Spätere Veröffentlichungen jedoch zeigten, daß die Alldeutschen stark bedenklich wurden, und schließlich sind sie dazu übergegangen, Michaelis und seiner Regierung die offene Kriegserklärung zu überreichen.

„Es ist ne laufige Zeit“, so können die Alldeutschen mit jenem alldeutschen Berliner sagen, den sie in ihrem Berliner Organ über das „Desänteressement“ Michaelis' an Belgien räsonnieren lassen. Der neue Kanzler, den sie für ihren Vertrauensmann hielten, entwickelt sich immer mehr in Bethmann Hollwegscher Richtung.

Wenn wirklich im Kronrate das Desinteressesment an Belgien beschlossen worden wäre, wie Konrad Haubmann im Berliner Tageblatt behauptete, und nach ihm andre Berliner Organe, so würde das zeigen, daß die Erkenntnis der gegenwärtigen Lage, die es klüger erscheinen läßt, diesen Verzicht auszusprechen, in die Regierungskreise gedrungen ist. Wie seinerzeit Bethmann Hollweg Schritt für Schritt in der Richtung zum Frieden vorwärtsgebrängt worden ist, so ist auch Michaelis jetzt zu dem Verzicht auf Belgien durch die Entwicklung der Verhältnisse gedrängt worden.

Ein deutscher Reichskanzler, der sowohl dem Willen zu Annexionen als aber auch der Lage und ihrer voraussichtlichen Entwicklung Rechnung tragen will, kann eben heute

keine andre Politik treiben als Bethmann Hollweg. Er wird ständig schwanken zwischen dem alldeutschen Eroberungswillen und dem durch politische Klugheit gebotenen Verständigungsfrieden. So stellt sich auch die Politik des Reichskanzlers Michaelis dar. Er hat durch seine Verantwortung der Papstnote den Mehrheitsparteien des Reichstages die Möglichkeit gegeben, ihn für sich zu reklamieren. Er weicht aber davor zurück, in der Plenarsitzung des Reichstages sich entweder zu dieser Auslegung zu bekennen oder sie zurückzuweisen. Er wird nicht wie Bethmann Hollweg eine zweideutige und auslegungsfähige Rede halten, sondern er wird zunächst überhaupt nicht reden. Wie der gewöhnlich gut unterrichtete Vertreter der Frankfurter Zeitung meldet, wird in der Budgetkommission des Reichstages die Regierung mit den Parteien des Reichstages verhandeln und daraus soll sich ergeben, „ob und inwieweit es notwendig und angebracht ist, die Friedenspolitik der Regierung, die in der Papstnote deutlich eingeschlagen ist, vor dem Reichstag im einzelnen näher zu begründen“.

Genau wie Bethmann Hollweg, will sich Michaelis die Hände freilassen. Er gibt sowohl den Mehrheitsparteien als auch den Alldeutschen Möglichkeiten, seine Politik als mit der ihren übereinstimmend zu betrachten, um sich je nach der Entwicklung der Situation nach der einen oder nach der andern Seite schlagen zu können. Der Verzicht auf Belgien würde, wenn er wirklich beschlossen sein sollte, bei dieser Politik nicht einer Wäage an alle Eroberungspläne gleichkommen. Möglich, daß Michaelis auch Litauen, Kurland und Livland nicht direkt dem Reich einzuverleiben gedenkt, sondern selbständige Staaten aus ihnen machen will. Wie nun, wenn er zugleich den Plan erwägen würde, diese unabhängigen Staaten in Personalunion mit Preußen zu bringen? Würde das nicht auch einer Eroberungspolitik gleichkommen? Gegen diese Pläne würden wahrscheinlich die Alldeutschen nichts einzuwenden haben. Ist es doch die Deutsche Zeitung, das alldeutsche Organ, gewesen, die empfohlen hat, den preussischen König zum König von Serbien und Polen zu machen.

Die Alldeutschen wollen freilich mehr als ein unabhängiges Kurland, Litauen und Livland, das mit Preußen durch Personalunion verbunden ist. Sie wollen die Verfügung über Belgien und Polen, sie streben nach der Welt Herrschaft Deutschlands. Daher ihr Mißfallen an der Politik des Kanzlers Michaelis, der eben nur nehmen will, was er wirklich erlangen kann.

Deutlicher aber als durch die Politik dieses Kanzlers und durch seine Antwort auf die Papstnote konnte nicht gezeigt werden, daß über die Geschichte des deutschen Volkes entschieden wird in einem Kronrat, den die Reichsverfassung nicht kennt, und auf den das Volk keinerlei verfassungsmäßigen Einfluß hat. Die Aussichten der Demokratie sind gering, wenn dieser Zustand nach dem Kriege fortzuauern wird. Sie sind erschwert, wenn die Pläne über die Angliederung der russischen Ostseeprovinzen durch Personalunion verwirklicht werden würden. Die Pläne zur Zusammenfassung des kurländischen Landtages zeigen auf das deutlichste, daß dann in diesen Staaten von Demokratie keine Rede sein wird. Die Aufgabe der deutschen Demokratie aber wird wahrlich nicht erleichtert, wenn an der Ostgrenze Deutschlands an der Stelle des vergangenen zaristischen Rußlands Staaten entstehen, deren Verfassungsstände sich von denen des zaristischen Rußlands nur wenig unterscheiden.

Solche Aussichten eröffnet dem deutschen Volke die Stellungnahme der deutschen Regierung, die von den abhängigen Sozialisten stolz als Erfolg ihrer Politik gebucht wird. Wundervolle Aussichten!

Die Wirkung der deutschen Antwort.

Die heute vorliegenden Meldungen über die Aufnahme der deutschen Antwortnote in der ausländischen Presse geben im allgemeinen kein andres Bild, als man es gestern schon skizzieren konnte. Wesentlich ist die beifriedliche Aeußerung des Observatore Romano, des amtlichen Organs des Vatikans. Er hält dafür, die Antworten der Mittelmächte stehen einen Weg für einen Meinungsaustrausch zwischen den kriegsführenden Mächten offen. Auch in den besonderen Gebietsfragen seien die Antworten im Sinne einer grundsätzlichen Zustimmung zu den Vorschlägen des Papstes gehalten. In diesem Schluß kommt das Wort allerdings auf Grund einer etwas wackligen Konstruktion; es glaubt sie nämlich folgern zu können aus der Bezugnahme der deutschen Regierung auf die Friedenszielresolution der Reichstagsmehrheit. Dabei sagt es an

anderer Stelle, die Wünsche des Papstes seien, kurz gesagt, ein Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsdienstleistungen gemäß der russischen Formel. Ueber den Unterschied zwischen dieser russischen Formel, die auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker betont, und der Friedenszielresolution der Reichstagsmehrheit geht das Blatt hinweg. Nebenbei teilt es noch mit, der Wortlaut der Noten sei wegen der Grenzverre der Schweiz noch nicht im Vatikan eingetroffen. — Bemerkenswert ist, daß der katholische Corriere d'Italia, der sich zuerst sehr enttäuscht erklärt hatte, weil die Noten nicht recht mit der Sprache herauskämen, sich jetzt hoffnungsvoller ausdrückt. Er meint, das letzte Wort sei noch nicht gesprochen, falls der Reichskanzler bei der Reichstagsöffnung weitere Erklärungen abgeben werde.

Erregung herrscht in Rußland. Es verrät sich in der dortigen Presse die Furcht, daß die Weltmächte auf Kosten Rußlands Frieden schließen könnten. Einige Blätter meinen, die aus dem Auslande nach Petersburg gedruckenen Gerüchte über Friedensverhandlungen, die neben der Aufnahme der deutschen Note in der Presse der verbündeten Länder den Grund zu ihrer Unzufriedenheit abgeben, würden anscheinend aus Deutschland verbreitet, das damit in Rußland Verwirrung anzurichten und auf die bevorstehende demokratische Konferenz einzuwirken denke. Die Rußkaja Wolsa erklärt, die Deutschen würden sich indes mit solchen Erwartungen grausam täuschen, weil die demokratische Konferenz, welches auch ihre Haltung in den Fragen der inneren Politik sein werde, in den Friedens- und Kriegsproblemen unversöhnlich bleiben werde. Die Radokascha Gazeta, das Organ der rechtsstehenden Sozialisten, sagt, die russische Demokratie könne einen Frieden auf Kosten Rußlands nicht zulassen, denn er würde ein Triumph des Militarismus und die Niederlage des Proletariats bedeuten. Es gelte also die Kampfkraft des russischen Heeres zu stärken. Das Vertrauen der Rußkaja Wolsa in die Haltung der demokratischen Konferenz wird übrigens nicht überall geteilt. Einige Blätter lassen durchblicken, für Rußland drohe Gefahr, wenn „unverantwortliche Leute“ — womit die Volkswelt gemeint sind — die Macht in die Hände bekämen; denn die Volkswelt wollten den Frieden um jeden Preis, auch wenn Rußland seine westlichen Provinzen aufgeben müßte. Sie werden dem Kongress einen Antrag aller ihrer Verbände vorlegen, der von der Regierung die Aufnahme sofortiger Friedensverhandlungen fordert. Die Soldaten- und Arbeiterträte in Moskau, Kronstadt, Odessa und Nowo unterstügen diesen Antrag. Wenn die Volkswelt die Macht im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat zu beschaupfen vermüßen, so werden sie auf der demokratischen Konferenz jedenfalls ein starkes Gewicht in die Waagschale werfen können.

Der Corriere della Sera meldet aus Petersburg, die russische Regierung werde die Papstnote selbständig beantworten. Sie habe sich damit einem kriegsfeindlichen Druck des Arbeiter- und Soldatenrats gefügt.

Auch England hat mit den inneren Friedensströmungen ernsthaft zu rechnen; sowohl die Daily Mail wie die Morning Post fordern in ihren Betrachtungen über die deutsche Note, daß die Regierung energischer gegen die Friedensagitation vorgehe. Es handle sich um Aufreizung zum Streik und zur Sabotage, und jeden Monat verbreite der Londoner Arbeiterbund eine Schmähchrift zu tausenden. Beide Blätter lehnen die deutsche Note nachdrücklich rundweg ab; man dürfe Deutschland erst glauben, daß es Belgien freigegeben werde, wenn es das Land freiwillig geräumt habe oder aus ihm vertrieben sei. Die Versicherungen der deutschen Zeitungen erklärt die Daily Mail für vollständig wertlos, weil diese lediglich ein Stück Papier seien, auf dem das deutsche Beamtentum schreibe, was ihm gefalle. Die deutschen Zeitungen würden ohne Scham für die Verbreitung amtlicher Lügen gebraucht, die sie druckten, ohne eine Kritik zu wagen.

Die liberalen Daily News zeigen dagegen eine gewisse Befriedigung; es sei von höchster Bedeutung, daß die größte Militärmacht der Welt sich mit der Begrenzung der Rüstung und mit internationalen Schiedsgerichten sich einverstanden erkläre. Aber es sei noch zweifelhaft, ob man Deutschland trauen könne, man habe schon viele Erklärungen gehört, die sich später als Scheinheiligkeit und Humbug erwiesen. Die Times erklärt, die Antwort vermeide, alle Hauptpunkte zu berühren, und enthalte kein Anzeichen für eine Annäherung an die bekannten Bedingungen der Verbündeten. Sie seien überzeugt, daß ohne Räumung der gesamten besetzten Gebiets der Vorschlag von Verhandlungen eine Finte sei. Das Blatt schließt: Wir wollen nicht unsre Bedingungen diskutieren; wir wollen kämpfen, bis wir sie bekommen. Ähnliche chauvinistische

Antworten geben Daily Express und andre Blätter. Der Daily Telegraph kommt zu dem Schluss, daß die Notizen übereinstimmen in der Annahme, daß in Europa Länder finden werden, die einen Frieden auf der Basis der gegenwärtigen Kriegslage für möglich halten. Der New Statesman, das Organ der sozialistischen Sozialisten, erklärt, die Befreiung Belgiens würde noch nicht genügen, England habe nicht drei Jahre lang gekämpft, um bloß den Status quo, der ja zum Teil zu dem Konflikt geführt habe, wieder herzustellen. Der Manchester Guardian kündigt an, daß Asquith am 26. September in Leeds für den Kriegsausbruch eine öffentliche Rede halten wird.

Auf die Haltung Frankreichs läßt eine Amsterdamer Meldung einen gewissen Schluß zu, wonach England und Frankreich eine Antwort auf die Papstnote fertig gestellt hätten, die mit der Wilsons ziemlich übereinstimmte, aber Forderungen enthielt, die in Frankreich stark bekämpft würden. Nach dem Fall Ribot sei mit England keine Einigung mehr über die Antwort zu erzielen gewesen, weil Poincaré eine Aenderung forderte. Beide Länder würden deshalb vorläufig keine Antwort geben. Es ist allerdings aus dieser Meldung nicht zu ersehen, in welcher Richtung sich die Ausstellungen Frankreichs bewegen. Da aber Poincaré einer Eroberungspolitik weniger als Ribot geneigt sein wird, so läßt sich doch ein Wahrscheinlichkeitschluß ziehen. — Zahlreiche französische Blätter sehen in der deutschen Antwort einen Triumph des Einflusses der Alldeutschen. Die Dumaineux erklärt die Antwort für noch enttäuschender, als man zuerst angenommen habe. Echo de Paris schreibt, die Mittelmächte hätten sich stets in Schwelgen, sobald sie über ihre Absichten befragt werden. Der Intransigent findet in der Note die Formel: Die Alliierten sollen zuerst sprechen, die Mittelmächte tun nicht den geringsten Schritt zum Frieden. Hervé erklärt in der Victoire, man spreche schon viel zu viel vom Frieden und verlängere nur den Krieg, weil man so dem deutschen Volke die Illusionen erhalte, daß die Entente aus Untüchtigkeit ein Unentschieden annehmen müsse, wenn Deutschland nur einige Zeit Widerstand leisten würde. Der Petit Parisien ist gespannt auf die Haltung des Reichstags, mit dem die Regierung ein Spiel treibe.

Die italienische Presse bleibt bei ihrer scharf ablehnenden Haltung. Die Antwort der Mittelmächte sei negativ dem Wesen nach und heuchlerisch in Form und Ton; ihrer angeblichen Bereitschaft zur Einschränkung der Rüstungen und Einräumung von Schiedsgerichten dürfe man keinen Glauben schenken, wenn man die bisherige Haltung dieser Mächte in diesen Fragen bedenke. Die italienischen Blätter fühlen sich offenbar zu besonders heftiger Sprache gegen die deutsche Antwort auch deshalb gedrängt, weil die Friedensströmung schlicht im Lande an Stärke gewinnt. Neben die Schweiz kommt die Nachricht, daß sowohl Popolo d'Italia als auch Avanti Andeutungen über ernste Zwischenfälle bei der Nationalfeier enthalten. Andre Zeitungen schweigen sich jedoch darüber vollkommen aus.

Aus der amerikanischen Presse sind bisher nur Abrechnungen gemeldet. Eine Neutermeldung aus Washington besagt, das Staatsdepartement lasse deutlich erkennen, daß die Antwort der Mittelmächte keinen Anlaß zu legendweiser Anwendung in den Absichten und Zielen Amerikas oder jener Kriegführung oder zum schließlichen Friedensabgleich Anlaß gebe.

Die Lage in Rußland.

Regierung und Maximalisten.

Der Schweizer Preßtelegraph meldet aus Paris: Die russische Regierung scheint, so meldet man der Information aus Petersburg, entschlossen zu sein, den Kampf gegen die Maximalisten aufzunehmen, deren Aktivität von Tag zu Tag wächst. Ein Manifest der Bolschewiki fordert die Arbeiter und Soldaten auf, sich zunächst ruhig zu verhalten, solange die Regierung noch über starke und zuverlässige Truppen verfüge.

Lenin in Rußland.

Die Neue Zürcher Zeitung meldet: Popolo d'Italia wird aus Rom gedruckt, es verlautet in dortigen russischen Kreisen, Lenin habe sich wieder nach Rußland begeben und halte sich zur Zeit entweder in Helsinki oder in Kronstadt auf.

Der demokratische Kongreß und der Friede.

Nach Schweizer Meldungen aus Petersburg liegt dem heute in Petersburg zusammentretenden demokratischen Kongreß ein Antrag aller Maximalistenverbände Rußlands vor, der von der Regierung die Aufnahme sofortiger Friedensverhandlungen verlangt. Der Antrag wird unterstützt von den Soldaten- und Arbeitervereinen in Moskau, Kronstadt, Odessa und New.

Die russischen Finanzen.

Petersburg, 24. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Ministerrat hat es als ein dringendes Bedürfnis anerkannt, der Staatsbank das Recht zu einer neuen Ausgabe von Banknoten im Betrage von zwei Milliarden Rubel zu erteilen. Seit Kriegsbeginn hat die Staatsbank für 14 200 Millionen Rubel Banknoten ausgegeben.

Aufhebung des Belagerungszustandes über Moskau.

Amsterdam, 24. September. Reuter meldet aus Petersburg, daß der Belagerungszustand in der Provinz Moskau wieder aufgehoben sei.

Friedensgerüchte in Petersburg.

Amsterdam, 24. September. Harold Williams meldet dem Daily Chronicle aus Petersburg, die Hauptstadt sei voll von Friedensgerüchten. Gorki habe in seinem Organ geschrieben: Die internationalen Verbände warten das schärfste Aufsehen mit unerbittlicher Unerschämtheit.

Argentinien und Deutschland.

Die Sitzung der argentinischen Kammer.

Buenos Aires, 23. September. (Meldung der Agence Havas.) In der Kammer hielt der Abgeordnete Arce eine Rede, in der er sagte, daß die Erklärungen des deutschen Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes nicht annehmbar seien und daß die öffentliche Meinung die angelegte Erklärung bekräftigen wolle.

Abgeordneter Escobar sagte: Wir haben uns bei der Teilnahme für die gemeinsame Sache der Demokratie verspätet. Es war erstaunlich, daß wir nicht eingriffen, um an der Befreiung der deutschen Grausamkeiten teilzunehmen. Man muß darauf hinweisen, daß die hervorragendsten Männer des Landes Parteigänger der Alliierten waren.

Caballero, der Führer der radikalen Dissidenten, erklärte: Wir haben geschwiegen, indem wir unsere Sympathien für das große und heldenhafte Frankreich unterdrückten. Wir haben geschwiegen

angefichts des Opfers des unsterblichen Befehls. Jetzt können wir nicht mehr schweigen.

Die Kammerführung wurde im mer stürmischer. Es ereigneten sich Zwischenfälle. Nach Mitternacht schickte der Abgeordnete Arce dem Abgeordneten Vega seine Zeugen.

Abgeordneter Camano protestierte dann gegen die Absicht, in den Krieg zu treten und kritisierte die Veröffentlichung der Depeschen des Grafen Zuzburg. Er spielte auf Gibraltar und Panama an und versuchte dann Zuzburg zu rechtfertigen, was zu Protesten und Lärm führte. Der Redner wurde verhöhnt.

Minister Pueyrredon sagte: Was auch die Entscheidung des Kongresses sein mag, die Regierung wird sie annehmen. Die Regierung ist nicht schwach gewesen. Die Geschichte wird anerkennen, daß sie im Gegenteil Energie gezeigt hat. Die Regierung hat Deutschland mitgeteilt, daß die Argentinier für das Völkerrecht eintreten. Der Krieg der Vereinigten Staaten ist gerechtfertigt. Wir haben bei Deutschland wegen der Torpedierung des Monte Protegido und des Toro Vorstellungen erhoben und Genugtuung erhalten. Die Erklärungen des deutschen Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes waren ungenügend und wir haben vor vier Tagen eine befriedigende Antwort verlangt.

Ein Antrag, die Entscheidung zu vertagen, wurde mit 28 gegen 27 Stimmen abgelehnt und die Debatte fortgesetzt.

Abgeordneter Bedia erklärte, die Depeschen Zuzburgs seien nicht als persönliche Versicherungen interessant, sondern als Ausdruck des Gedankens und Geistes Deutschlands.

Schließlich wurde die Fortsetzung der Debatte vertagt, ohne daß die Kammer über den Antrag, mit Deutschland zu brechen, entschieden hätte.

Die Entscheidung verschoben.

Buenos Aires, 23. September. (Havas.) In dem Augenblick, wo die Kammer über den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland abzustimmen im Begriff war, trat aus Berlin die amtliche Antwort ein, welche die Anschuldigungen des Grafen Zuzburg über den Kreuzerkrieg mißbilligt. Das Wort „Kreuzer“ läßt vermuten, daß Deutschland nicht gesonnen ist, den Unterseebootskrieg einzuführen; jedenfalls ist die Kriegserklärung verschoben worden.

Seltene „Befreiung“.

Ein Telegramm meldete vorige Woche einen Beschluß des in Mitau zusammengetretenen außerordentlichen kurländischen Landtags, der den Mobus der Einberufung einer allrussischen Versammlung festsetzt, die einmalig zusammenzutreten soll, um über allgemeine Landesfragen zu beraten und zu beschließen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei bemerkt, daß der sogenannte kurländische Landtag eine rein adlige Vertretungsgesellschaft ist, die die „Ritterschaft“ repräsentiert. Der von ihm ausgearbeitete Mobus für die Einberufung der Landesversammlung, der — im Einklang mit den jüngsten Zusagen der Regierung im Hauptauschuß des Reichstags — konstituierende Funktionen zugewiesen werden sollen, entspricht durchaus den Erwartungen, die man an die hochfeudale Gesellschaft knüpfen dürfte. Danach sind für den abligen Großgrundbesitz von insgesamt 80 Sitzen 31 reserviert. Ihm dürften sich die fünf Vertreter der Geistlichkeit und die Gefolgsmannschaften des Adels in den Kreisen der städtischen Deutschen und der deutschen Kolonisten anschließen, so daß die Junkerpartei von vornherein über eine feste Mehrheit in der Landesversammlung verfügt und in der Lage ist, den wenigen Vertretern der Städte und der lettischen Bauernschaft ihren Willen aufzuzwingen. Berücksichtigt man, daß die Zahl der Deutschen in Kurland nur 7,8 Prozent der Bevölkerung ausmacht, und daß der deutsche Adel ein Siebentel der deutschen Bevölkerung bildet, so ergibt sich hieraus die Tatsache, daß die Vertreter von 1 Prozent der Bevölkerung in die Lage versetzt sind, den übrigen 99 Prozent ihren Willen zu diktieren. Freilich verfügt dieses Häuflein über einen gewaltigen materiellen Besitz: 53 Prozent des kurländischen Grundbesitzes sind in den Händen der abligen Junker; 9 adlige Familien besitzen zwei Fünftel von ganz Kurland, denn ihre Besitzungen sind wahre Latifundien, die zehntausende Hektare groß sind. Unter diesem Gesichtspunkt ist es begreiflich, daß die Besitzer dieser Latifundien und ihre Gefolgsmannschaften die Okkupationsverhältnisse auszunutzen suchen, um die Zeiten der „alten Ritterlichkeit“ wieder zurückzurufen, die der Aufstieg der lettischen Bevölkerung und der Fortschritt der Demokratie selbst im zarischen Rußland zu einem Anachronismus gemacht hatten. Noch im Dezember vorigen Jahres konnte Herr Artur Feiler in der Frankfurter Zeitung nach einer Reise durch Kurland berichten, die Balken wollten am liebsten — zu Medlenburg kommen, weil ihnen, die wie kleine Könige auf ihren Gütern saßen, die medlenburgische Ritterschaft noch am besten gefiele. Einen Schritt in dieser Richtung bildet der Beschluß des kurländischen Landtags. Es bleibt nur noch übrig, auch formell die Angliederung Kurlands an Medlenburg zu verkünden, um die Glückseligkeit der Bevölkerung Kurlands auf das Höchste zu steigern.

Vom Tage.

Der nationalliberale Abgeordnete Stresemann hat sich gegen die Behauptung des Abgeordneten Konrad Haukmann verwahrt, daß er Wasser man mit den Worten „Es ist erreicht“ telegraphisch Nachricht von dem Sturze Bethmanns gegeben habe. Nun zitiert Haukmann im Berliner Tageblatt einen Artikel Stresemanns „Zu Bassermanns Gedächtnis“, in dem Stresemann selbst mittelst, daß er Bassermann vom Rücktritt Bethmanns Meldung gemacht habe. Herr Stresemann bezeichnet auch das als „freie Erfindung“. Hat er nun die Mitteilung seines eigenen Artikels selbst frei erfunden?

Die Kriegszielresolution der Reichstagsmehrheit ist unbegrenzt auslegungsfähig. Einen Beweis dafür liefert der Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Meinigen, der auf einer Tagung des Landesausschusses oder fortschrittlichen Volkspartei in Bayern über diese Resolution referierte. Er führte dabei aus:

Wir legen uns mit der Resolution auf keine Formel des sogenannten Scheidemann- oder Verzichtsfriedens fest. Die Resolution gibt gerechten Spielraum für die im Wege gegenwärtiger Verständigung notwendigen etwaigen Gebiets- und Währungsänderungen. Die Grundlage der Verständigung liegt immer in der schließlichen militärischen und politischen Gesamtlage. Sie gibt uns Sicherheiten und Garantien für die Zukunft. Wir können und wollen der Regierung keine Prügel zwischen die Beine werfen, wenn sie es für notwendig hält, zur Sicherung unserer Grenzen Gebietsveränderungen zu machen. Ich halte es für grundverkehrt, ein für allemal auf Gebietsveränderungen im Osten oder Westen zu verzichten, und gerade

auf den Fall von Riga hin erscheint mir die Frage von Kurland doppelt und dreifach wichtig. Aber alles dieses muß selbstverständlich Sache des Friedensvertrages und der Friedensverständigung, des politischen Ausgleichs sein.

Jede Partei legt also diese Resolution aus wie sie will. Der Reichstagskanzler hat mit seinem Vorbehalt „wie ich sie verstehe“ nur getan, was die Mehrheitsparteien selbst getan haben. Sie bekennen sich zu der Resolution, wie sie sie verstehen. Im Zentrum und auch in den Kreisen der Fortschrittler versteht man sie im annexionsistischen Sinne, und in den Kreisen der abhängigen Sozialisten sind manche, die es für das Beste an der Resolution halten, daß sie solche Auslegungen nicht ausschließt.

Die „Deutsche Vaterlandspartei“, die Partei der Kriegsverlängerer, hat in Berlin in der Wilhelmshöhe eine große öffentliche politische Versammlung veranstaltet. Vorsitzender war Herr Rapp, Hauptredner Tirpitz und der Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg. Der Vorwärts nimmt gegen diese Partei den Kampf mit einem längeren Aufsatz auf. Darin bringt er es fertig, die unabhängigen Sozialisten als Helfer der alldeutschen Eroberungspolitik zu bezeichnen. Diese unverschämte Beschuldigung wagt der Vorstand der abhängigen Sozialdemokratie, nachdem er durch seine Politik den alldeutschen Bestrebungen außerhalb und innerhalb der Regierung seit mehr als drei Jahren Vorstoß geleistet hat gegen die Sozialisten, die gegen diese Helfershelferdienste der abhängigen Sozialisten für die alldeutschen Bestrebungen auf das Schärfste protestiert haben. Ein solcher Anwurf richtet sich von selbst.

Auf die Lage und Stimmung in England fällt einiges Licht durch einen Artikel der angesehenen Westminster Gazette. Sie schreibt, das Kabinett Lloyd Georges gehe aufeinander schwierigen Zeiten entgegen. Überall höre man abfällige Kritiken, die man noch vor einigen Wochen nicht gehört habe. Möglicherweise sei es nur eine Folgeerscheinung der Enttäuschung über die lange Kampfpause an der Westfront. Bezeichnenderweise komme die herrschende Unzufriedenheit allmählich auch in der Presse zum Ausdruck. Der sich jetzt bemerkbar machende zänklische Ton beruhe fraglos auf der Ueberzeugung, daß es dem Kabinett an Schaffenskraft und Konzentration auf seine Aufgaben gebreche. Zweifellos habe sich die Lage durch den teilweisen Bruch mit der Arbeiterschaft verschlechtert. Noch stehe zwar die Arbeiterpartei nicht offen in der Opposition, aber die Regierung gebe sich in dieser Beziehung keinen Illusionen hin. Die jüngeren Parteiführer, die ein viel größeres Ansehen als die älteren genössen, seien zu schwach für den völligen Bruch und fürsteten auch lausweg die Folgen einer allgemeinen Neuwahl. Diese Situation sei zweifellos einer gewissen Schwäche und Unentschlossenheit der Regierung zuzuschreiben. Ein anderer Faktor sei der, daß viele Unionisten in der Annahme des vollen Vertrauens in Lloyd George eine glänzende Aussicht für ihre eigenen Parteibestrebungen erblickten. Für sie habe der Wert Lloyd Georges darin gelegen, daß er der Regierung die Unterstützung der Arbeiterschaft und eines Teils der Liberalen sicherte. Aber wenn eine derartige Unzufriedenheit um sich griffe, würden sie schätlich den ersten Platz in der Regierung für einen ihrer Führer, vermutlich Balfour oder Bonar Law fordern, wiewohl keiner von beiden sich dazu drängen werde, unter den dann sich ergebenden Umständen Lloyd Georges Erbschaft anzutreten.

Die Auslösung zeigt, daß der Frieden in England für den Frieden empfänglich ist. Um so mehr tritt die große Bedeutung der Haltung hervor, die die Mittelmächte jetzt zur Friedensfrage einnehmen.

Der Krieg zur See.

Der U-Boot-Krieg.

Berlin, 25. Sept. Amtlich. Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 23 000 BRT. versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer Teerick (3112 Tonnen), Ladung Kupfererz und Kork, das französische Viermastdampfschiff Tarapaca (2506 To.), mit Salpeter, sowie ein unbekannter Landdampfer, der durch zwei Zerstörer gesichert war. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Ein englisches Torpedoboot zerstört.

Venden, 23. Sept. Die Admiralsität gibt bekannt: Ein britisches Torpedobootzerstörer ist von einem deutschen U-Boot in der Einfahrt zum Kanal torpediert und versenkt worden. Fünfsig Mann der Besatzung wurden gerettet.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Das Einbringen der Beute.

Wolffs Bureau teilt mit: An der Ostfront hat sich nichts von Bedeutung ereignet. Die Deutschen sind noch mit dem Einbringen der Beute beschäftigt, deren Menge noch nicht genau zu übersehen ist. Ein großer Teil liegt noch im Waldgebiet. Außer den bisher gemeldeten Geschützen wurden noch zahlreiche Maschinengewehre und Minenwerfer, Feldtischen und Sanitätsautos eingebracht. Die Gefangenenzahl ist auf 4710 Mann gestiegen.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Artilleriekampf in Flandern.

Wolffs Bureau teilt mit: Am 23. kam es an der Flandernfront trotz heftiger Artilleriebeschüsse nicht mehr zu größeren Infanteriekämpfen. Die Engländer leisteten den Tag durch Patrouillenvorstöße am frühen Morgen in Gegend Langemarck ein. Sie wurden überall abgewiesen. Das Artilleriefeuer nahm im Laufe des Tages immer größere Heftigkeit an, bis es um 3 Uhr nachmittags nordöstlich von Ypern zum Trommelfeuer überging. Die Engländer, die zwei Stunden lang mit allen Kalibern trommelten, planten augenscheinlich einen größeren Angriff. Allein im deutschen Artilleriefeuer, das mit vernehmlicher Wirkung auf den zerstörtesten englischen Stellungen lag, war die englische Infanterie aus ihren Trichtern nicht herauszubringen. Auch an der Küste war die Artillerietätigkeit lebhaft. Als Vergeltung für die Beschließung von Ostende, die unter der belgischen Zivilbevölkerung so blutige Opfer kostete, wurde Düinkerken unter Fernfeuer genommen. Das Wetter, das bisher den englischen Angriff in so hohem Maße begünstigte, ist wieder unsichtig geworden.

An der östlichen Front haben sich keine Kampfhandlungen von Bedeutung abgespielt. Im Artois wie bei St. Quentin wurden englische und französische Patrouillen

abgewiesen. Deftlich von Helms verurtheilt die Franzosen nach schlagartiger Feuerbereiung einen stärkeren Vorstoß, der glatt abgewiesen wurde. An der Verbunkfront nahm das Artilleriefest auf dem Dufser erst am Nachmittage größere Festigkeit an. An der Straße Gorges—Gumieres wurde eine starke französische Patrouille Handgranatenkampf abgewiesen.

Deutschland.

Der konservative Graf Westarp sprach in einer öffentlichen Versammlung des konservativen Wahlvereins in Berlin über die politische Lage. Er bezeichnete die Ratschläge von Erzberger und Scheidemann als verderblich, und wollte, daß Deutschland ausdauernd bis zum endgiltigen Siege, selbst wenn es vier Fünftel der Welt gegen sich habe. Der konservative Graf will also die ganze Welt dem alldeutschen Diktat unterwerfen. Er ist gegen den Frieden, und verhindert sein Zustandekommen durch Kraftreden, die den übelsten Eindruck im Ausland erwecken müssen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Kohlenknappheit in Holland. Aus dem Haag berichtet man der Frankfurter Zeitung: Wie der Maasbode meldet, wird Holland genötigt sein, nach drei Wochen den ganzen Bahnverkehr einzustellen, falls die Verhandlungen mit Deutschland nicht zu einem günstigen Ende führen. Die niederländischen Eisenbahnen haben nur noch Kohlenvorräte für drei Wochen.

Bergarbeiterstreik in Belgien. Die Bergarbeiter der Zeche in den Kohlenwerken von Hennegau legte wegen ungenügender Vergütung mit Nahrungsmitteln die Arbeit nieder. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung; der Streik nimmt einen vollständig ruhigen Verlauf.

Die kroatische Wahlreform. Nach dem bisher fertiggestellten Wahlreformentwurf wird jeder 24jährige kroatische Staatsbürger wahlberechtigt. Die Zahl der Wahlbezirke wird von 80 auf 119 erhöht. Die Abstimmung erfolgt gemeinbeweise und geheim.

Die Brotkrise in Italien. Die Getreideknappheit in Italien erscheint ernstlicher, als man bisher angenommen hatte. Es ver lautet, daß die Brotkrise, die am 11. Oktober eingeführt werden soll, auf 350 Gramm täglich beschränkt. Nunmehr erklärt die Regierung einen Aufruf, daß auf alle höchstens 200 Gramm entfallen. Die wohlhabenden Klassen erhalten mit Rücksicht auf die Schwerarbeiter noch weniger.

Die Stellung des österreichischen Außenministers erschüttert. Nach Meldungen des Budapest Herald soll in Ungarn an dem Sturz Czernins gearbeitet werden. Jedemfalls sind allerlei nicht unbeachtliche Kräfte an der Arbeit, den Grafen Czernin zu beseitigen. Die Gerüchte über den Sturz des Grafen Czernin, als dessen Nachfolger Graf Mensdorf genannt wird, werden in politischen Kreisen in Budapest vielfach besprochen. Es wird darauf hingewiesen, daß dieses Gerücht seitens der Arbeitspartei verbreitet wird, die eine Aktion gegen den Grafen Czernin einzuleiten scheint. Diesem wird nämlich die Hauptrolle bei dem Sturz des Grafen Tisza zugeschrieben.

Belagerungszustand in Griechenland. In den Provinzen Lakonien, Arkadien und Paria ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Regierung hat die Adjutanten König Konstantin, die bei König Alexander geblieben waren, entlassen, weil sie zur Unzufriedenheit mit der neuen Regierung auftraten.

Zurückhaltung schwedischer Gesandtschaftskonten. Petit Parisien meldet aus Washington: In politischen Kreisen der Vereinigten Staaten meinte man die Zurückhaltung von vier Altkontenmappen der neuen schwedischen Sondergesandten durch die kanadischen Behörden von großer Bedeutung sei. Die betreffenden Kuriermappen enthielten die ganzen Akten für die schwedische Gesandtschaft in Washington. Man glaube allgemein, daß in diesem Falle die kanadischen und englischen Behörden hauptsächlich eine Demonstration vornehmen wollten infolge der letzten Enthüllungen. Man habe jedoch um so größeren Vertrauen in eine freundschaftliche Beilegung der Affäre, als man vermutet, daß die Kuriermappen Statistiken und Informationen für den Lebensmittelkommissar Hoover enthalten zwecks Festlegung der nach Schweden auszuführenden Lebensmittel.

Englische Entschuldigun an Dänemark. Das dänische Ministerium des Aeußeren erhielt von der Gesandtschaft in London die telegraphische Meldung, daß dieser wegen der Verletzung der dänischen Neutralität bei Björregaard (Horns Riff) am 1. September von der britischen Regierung eine Note zugegangen sei, in welcher diese ihr aufrichtiges Bedauern ausdrückt und Schadenersatz für den möglicherweise angerichteten Schaden anbietet.

Abtretung Kamtschatka an Amerika? Berlingste Tidende meldet aus Papananda: Mit großer Bestimmtheit auftretende Gerüchte besagen, die Vereinigten Staaten hätten der russischen Regierung vorgeschlagen, Kamtschatka gegen Bezahlung eines sehr bedeutenden Betrages zu übernehmen.

Die Abfertigung der Neutralen. Nationaltidende teilt mit: Die britische Regierung hat auf Ersuchen der amerikanischen Regierung vorläufig alle Ausfuhr nach Skandinavien und Holland eingestellt. Die Einstellung betrifft auch alle bis jetzt erteilten Ausfuhrbewilligungen und gilt sogar für alle Waren, die bereits in Schiffe verladen sind. Eine Ausnahme bilden jedoch Kohlen. Die Wiederausfuhr der Ausfuhr ist erst zu erwarten, wenn zwischen den Allierten eine Einigung erzielt ist über die Grundzüge der neuen Blockadefliste.

Die Affäre Turmel. Der Oberstaatsanwalt in Paris erhielt einen Brief von dem Abgeordneten Turmel, worin dieser Klage auf Diebstahl gegen den Beamten der Kammer erhebt, der sich des Briefumschlages mit den 27 000, nicht 35 000-Franc-Scheinen bemächtigte. Turmel erklärt, daß er als Privatkläger entschieden Einspruch erhebe gegen die Durchsuchungen, die in Louvain in seinem Heim und in seinem Bürgermeister-Amtszimmer vorgenommen wurden.

Der deutsche Tagesbericht.

(Für einen Teil unserer Auflage wiederholt.)

Großes Hauptquartier, 24. Sept. Amtl. (W. Z. B.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern erreichte der Artilleriekampf nachmittags an der Küste und vom Walde von Southoult bis Westhœel wieder große Stärke. An der Schlachtfrent blieb die Kampftätigkeit auch nachts und am frühen Morgen gesehert, ohne daß bisher neue englische Angriffe erfolgten. Gute Wirkung unserer artillerischen Abwehr ließ sich an Verhalten der von uns beschossenen Batterien und an der Vernichtung zahlreicher Munitionskäpfe feststellen.

Bei Lens und bei St. Quentin, an dessen Kathedrale die Franzosen durch neue Beschließung ihr Fortschrittswerk fortsetzten, lebte die Feuerstätigkeit auf.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An mehreren Abschnitten der Aisne und der Champagne schwoll mehrfach das Feuer zu großer Heftigkeit an. Bei Erfindungsgeschichten hatte der Gegner Verluste.

Vor Verdun war der Feuerkampf nachmittags und während der Nacht sehr lebhaft. Auch heute morgen herrschte rege Geschütztätigkeit auf dem Dufser der Heuts.

14 feindliche Flugzeuge sind abgeschossen worden. Leutnant Büßhof errang den 29. Luftsieg. Leutnant Rihenhertz brachte zwei Gegner im Luftkampf zum Absturz.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern.

Unter der im Brückenkopf um Jacobstadt eingedrungenen Meute von 55 Geschützen befindet sich eine bespannte Batterie und fünf schwere Geschütze von 28 bis 28 Zentimeter Kaliber. In der Stadt selbst fielen reichliche Vorräte, auch an Brot und Mehl, in unsere Hand.

Wirdlich von Baranowitschi und westlich von Luzl entfaltete die russische Artillerie lebhaftest Tätigkeit.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In den Bergen nordwestlich von Jascant und am Sereth vielfach rege Feuerstätigkeit und Vorkessgeschütze.

Bahnhof Galaz wurde mit beobachtetem Erfolg beschossen.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Rudendorff.

Berlin, 24. September, abends. Amtl.

Rebhafte Geschütztätigkeit in Flandern und auf dem Dufser der Maas.

Am Osten nichts von Belang.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 24. September. Amtlich wird verkündigt:

Auf allen Kriegsschauplätzen ist die Lage unverändert.

Der Chef des Generalstabs.

Gewerkschaftsbewegung.

Verband der Gastwirtsgehilfen Leipzigs.

Nach fast einjährigen Verhandlungen der gesamten organisierten Gewerkschaft und den Gastwirtsvereinen ist ein Lokout für Leipzig zum Abschluß gekommen. Er ist am 1. Mai 1917 in Kraft getreten und steht für die Festangestellten einen Mindestlohn, für die Ausfühlskellner aber einen Prozentsatz von 10 Prozent vom Gesamtumsatz, bei einer Garantie an Wochentagen von 3.50 Mk. und Sonntags von 4.50 Mk. Diesen schwereren Tarif suchen eine Reihe Arbeitgeber dadurch zu umgehen, daß sie an Stelle der männlichen Arbeitskräfte weibliche einstellen, denen sie die Hälfte und noch weniger Lohn geben. Es kommt sogar vor, daß für selbstangestellte weibliche Bedienungskräfte überhaupt kein Lohn bezahlt wird. Die Folge davon ist, daß sich die Servierdamen auf andre Art und Weise schadlos zu halten suchen. Es werden dem Verband der Gastwirtsgehilfen fast täglich Fälle gemeldet, wo Entlassungen wegen Liebesverteilung der Gäste vorgenommen worden sind. In der letzten Versammlung, am 20. September im Zoologischen Garten, kamen wieder die Betragsfälle zur Sprache. Mitgeteilt wurde, daß Herr Winter, der doch schon in einem der hiesigen Gastwirtsvereine Mitglied ist und auch davon Kenntnis haben muß, daß ein Abkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zustande gekommen ist, nach dem Arbeitskräfte nur von den Bureaus der angeschlossenen Vereine und vom Städtischen Arbeitsnachweis zu beziehen sind, seine Leute nach wie vor vom gewerkschaftlichen Stellenvermittler erhält. Ferner kam in der Versammlung folgender Fall zur Sprache: In einem Lokal fragte eine Kellnerin einen Gast, ob er Kriegerbier zu 25 Pf. oder gutes zu 30 Pf. haben wolle. Sie setzte ihm ein Glas vor und verlangte 30 Pf. Am andern Tage fragte der Gast telefonisch an, ob am Abend zweierlei helles Bier ausgegeben werden sei, und wie hoch der Preis für ein Glas gewesen wäre. Da wurde ihm vom Geschäftsführer erklärt, es wäre überhaupt bloß eine Sorte verkauft worden, und es seien ihm schon mehrere Fälle gemeldet worden, wo Betrugsereignisse vorgekommen wären. Eine Kellnerin erklärte öffentlich, die Damen bekämen nur 3 Prozent, und da müßten sie lange arbeiten, bis sie eine Mark verdient hätten. Den Kellnerinnen und allen andern Arbeitskräften kann nicht oft genug gesagt werden: merkt die gewerkschaftlichen Stellenvermittler, die auch für einen geringen Prozentsatz und ohne jegliche Garantie zur Arbeit schiden. Geht dahin, wo euch der tarifmäßige Lohn garantiert wird, und wo ihr eben so gute Arbeit findet. Die Gehilfenvereine werden in nächster Zeit in eine Aktion eintreten, um die weiblichen Arbeitskräfte einer Organisation zuzuführen. Wir erludigen jetzt schon darum, unsern Anze recht zahlreich zu folgen, damit endlich Wandel geschaffen werden kann.

Gegen die Politik der Generalkommission.

Nachdem vor 14 Tagen die Magdeburger Metallarbeiter mit der Kriegspolitik ihrer Verbandleitung abgerechnet hatten, folgten am 17. September die Mitglieder des Schneiderverbandes diesem Beispiel. In den Kreisen der Mitglieder hatte sich das Gerücht verbreitet, daß eine größere Summe des Verbandsvermögens zu einem bestimmten Zweck verwendet worden ist. Infolgedessen wurden der Krisenverwaltung zu der bevorstehenden Mitgliederversammlung Anträge angeklagt, welche diese Art der Verwendung von Verbandsgebern mißbilligen und die Unterstüßung der streikenden Kollegen in Kiel fordern. Zu dieser Versammlung erschien nun der zweite Vorsitzende des Schneiderverbandes, Hertl, in eigener Person, um seine „werten Kollegen“ wieder zu beruhigen. Diese gingen aber mit Herrn Hertl ganz entschieden zu Gericht und verurteilten die Politik ihres Verbandsvorstandes und der Generalkommission. Die Generalkommission schüttelte Herrn Hertl mutig ab. Er behauptete, diese ginge die Gewerkschaftsvorstände nichts an, und wenn in dem Bericht des Vorstandes an den letzten Schneiderverbandstag über die Anlegung des Geldes ungenau berichtet worden ist, so sei dies nicht geschehen, um den Mitgliedern Sand in die Augen zu streuen. Verdrissens mißte der Verband seine Gelder dort anlegen, wo recht viel Zinsen gezahlt werden. — Die Anträge der Opposition wurden von der gut besuchten Versammlung mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Aus der internationalen Genossenschaftsbewegung.

Ein Kongreß der russischen Genossenschaften wurde vom 19. bis 22. August in Woslaw abgehalten, der von 700 Delegierten besucht war, die 35 000 Genossenschaften mit rund zehn Millionen Einzelmitgliedern vertraten, und der zu allen das Land betreffenden Lebensfragen Stellung nahm. Er beschäftigte sich u. a. mit den Pflichten der Genossenschaften gegenüber der neuen Regierung, mit der Lebensmittelversorgung durch die Genossenschaften, mit der Förderung der industriellen Produktion und mit der Frage einer politischen Erziehung des russischen Volkes, durch die einer zu erwartenden Gegenrevolution entgegengetreten werden könne. Es wurde beschlossen, einen allrussischen Genossenschaftsbund zu gründen, der die verschiedenen Einzelverbände zusammenfassen würde. Zu seiner Vorbereitung wurde ein „Rat der Genossenschaftskongresse Russlands“ ernannt, der aus je einem Mitgliede der sieben Genossenschaftsbezirke, der Bauern- und Arbeitergruppe, der drei zentralen Genossenschaftsorganisationen und zehn von dem Kongreß gewählten Mitgliedern bestehen soll.

Welche Bedeutung die Bewegung auch schon unter dem alten Regime während des Krieges erlangt hatte, geht u. a. daraus hervor, daß die Grobkaufgesellschaft des Moskauer Verbandes der Konsumvereine ihren Umsatz von 49 Millionen Mark im Jahre 1915 auf 181 Millionen Mark im Jahre 1916 steigern, also mehr als verdreifachen konnte, womit sie an die bisher von der deutschen Ge-

fellschaft ungeschaltete dritte Stelle unter den Grobkaufgesellschaften gerückt ist.

Die Grobkaufgesellschaft österreichischer Konsumvereine konnte im Jahre 1916 bei einer Vermehrung ihrer Gesellschafter um 20 auf 204 ihren Umsatz von 23,9 auf 30 Millionen Kronen steigern. In dieser außerordentlichen Erhöhung brüdt sich nicht nur die allgemeine Steigerung der Warenpreise aus. Der erzielte Reingewinn betrug 340 125 Kronen, gleich 0,7 Prozent des Umsatzes, gegen nur 0,3 Prozent im Vorjahre.

Auch die finnische Grobkaufgesellschaft hat bei einer gleichzeitigen Vertenerung der Warenpreise um 50 Prozent ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahre von 35 auf 72 Millionen finnische Mark (80 Pf.) gesteigert. Die Gesellschaft besitzt eine eigene Zündholzfabrik, eine Birkenfabrik, eine Werkstätte zur Herstellung von Arbeitskleidern usw. Der Wert ihrer Eigenproduktion belief sich im vergangenen Jahre auf 877 721 Mark.

Aus der Partei.

Werden sie Farbe bekennen?

Die Stuttgarter Abhängigen haben kürzlich in einer Versammlung zum Würzburger Parteitag Stellung genommen. Dabei wurde nach einigem Widerspruch schließlich einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der Parteitag möge die Einsetzung einer Kommission beschließen, die einen in volkstümlicher und packender Sprache gehaltenen Entwurf eines Aktionsprogrammes der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse so rasch als möglich ausarbeiten, zu veröffentlichen und den Parteinstanzen zur Beschließung zu unterbreiten hat.

Auf dieses Aktionsprogramm darf man sehr gespannt sein, besonders, wenn es vor allem „auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse“ geschaffen werden soll.

Es muß dabei zu einer Auseinandersetzung mit den während des Krieges immer offener und kühner hervorgetretenen Forderungen der Oberrevisionisten David, Peine, Südekum, Kolb, Quessel, Peus usw. usw., und nicht zum wenigsten mit den politischen Idealen der regierungssozialistischen Gewerkschaftsführer kommen. Etabementilligungen, Demilligungen der Militär- und Marineforderungen, Förderung der Kolonialpolitik, Milderung der Steuerpolitik usw. werden den Arbeitern ja schon seit langem mündgerecht zu machen versucht, und dazu gibt es Farbe zu bekennen. Ob der Parteitag auch dieses heisse Eisen anfassen wird, ist sehr fraglich, und wenn er es tut, wird man sich mit der Arbeit nicht allzu sehr beeilen. Es müßte Klarheit geschaffen werden, und die ist für die Abhängigen nicht sehr erfolgversprechend.

Der Zentralwahlverein für Zeltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Mitglied der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hielt am Sonntag, dem 18. September, in Briß seine Kreisgeneralversammlung ab. Vertreten waren 31 Orte durch 124 Delegierte, 19 Kreisvorstandsmitglieder, Genosse Zubeil als Vertreter des Kreises im Reichstage sowie von der Fraktion der U. S. P. D. die Genossen Bogtherr und Dr. Herzfeld. Nicht vertreten waren acht Orte wie auch der extra eingeladene Zentralvorstand Groß-Berlin. Genosse Laßmann gab den Geschäftsbericht. Die Frage der Beitragserhöhung sei die Veranlassung zur Generalversammlung. Um die zum Heere eingezogenen Mitglieder davon zu informieren, was in der Partei vorgeht, empfiehlt es sich, den Orten zur Pflicht zu machen, denselben das Mitteilungsblatt wie auch eventuell Reichstagsberichte und Broschüren zuzuleiten. Die Aktion darf in den Orten nicht erlahmen. Da die Arbeiten im Kreisbureau nur ehrenamtlich ausgeführt werden, ist es dringende Pflicht der Genossen, mitzuarbeiten. Der Kreisfiskaler, Genosse Freigang, ergänzte den Bericht Laßmanns; die Kassenverhältnisse haben sich gegenüber dem verfloffenen Halbjahr wesentlich gebessert. Zur Frage der Beitragserhöhung von 40 auf 50 Pf. für männliche und von 20 auf 30 Pf. für weibliche Mitglieder lagen verschiedene Anträge vor. Die Generalversammlung beschloß entgegen dem Wunsch des Zentralvorstandes Groß-Berlins die erhöhten Beiträge statt vom 1. September ab 1. Oktober zu erheben. Ferner wurde ein Antrag Mariendorfs einstimmig angenommen, welcher besagt, daß die Genossinnen, welche schwarze Marken haben, für die Fraueneinigung monatlich 10 Pf. zu zahlen haben. Nachstehende von Neudöbner Funktionären gefasste Resolution nahm die Generalversammlung einstimmig an:

Die Erhöhung selbst billigen die Funktionäre. Sie halten die Beschaffung größerer Geldmittel für unbedingt erforderlich. Die Begründung sehen sie in der Tatsache, daß in den nächsten Monaten und Jahren dem klassenbewußten Proletariat Kämpfe von nie gehabter Schärfe bevorstehen. Um diese Kämpfe mit Bravour und Zähigkeit durchzuführen zu können, sind sie gewillt, in den Mitgliederversammlungen die Erhöhung der Beiträge zu befürworten.

Die Funktionäre verlangen und erwarten jedoch vom Zentralvorstand mehr Achtung vor der Demokratie und dem Mitbestimmungsrecht der Mitglieder in den Orten und Kreisen.

Die Entscheidungen letztgenannter Körperschaften müssen maßgebend sein für die Beschlüsse des Zentralvorstandes.

So bestimmen es die Beschlüsse der Gothaer Konferenz. Weicht der Zentralvorstand nach Wochen schon in so bedeutungsvollen Fragen ab, so befürchten die Funktionäre mit Recht: ist die erste Stufe zur Rechtlosigkeit derer um Scheidemann beschritten. Gegen diese Führerbespoten mit aller Energie und Schärfe zu kämpfen, sie abzuwehren, betrachten die Funktionäre zur Erhaltung der Zielklarheit als unerlässlich.

Außerdem wurden der Preßkommission mehrere Anträge in bezug auf die Presse überwiesen.

Die in der Generalversammlung vom 17. Juni er. zurückgestellte Wahl einer elfgliedrigen Statutenberaterungskommission hatte folgendes Ergebnis: Binder (Wohndorf), Peters und Rosenthal (Charlottenburg), Deltmer (Briedenan), Weder, Rosenstiel und Wingueth (Neudöbner), Drews (Schöneberg), Hüller (Steglitz), Krohn (Tempelhof) und Genossin Marcuffon (Wilmersdorf).

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 845. Reichen Sie eine Klage ein. Die Schwiegermutter hat vorläufig kein Anrecht auf die Zehen.

Im Felde. Eine Prämie gibt es nicht, aber eine Reichswochenhilfe. Der Antrag ist an die Gemeindebehörde zu richten.

P. S. Strafbare Handlung liegt nicht vor. Ob eine Klage auf Schadenersatz Erfolg hat, läßt sich nicht voraussagen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Geyer in Leipzig

Verantwortlich für den Anzeigentell:

K. A. Lehmann in Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Ämliche Bekanntmachungen.

Ablieferung der Seifenmarken durch die Seifenhändler.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 28. August 1917 wird auf Grund der Bekanntmachung des Ueberwachungsausschusses der Seifenindustrie in Berlin vom 10. August folgendes bestimmt:

Der gewerbmäßig Feinseife und Seifenpulver auf Seifenmarken abgibt, ist verpflichtet, die in seinem Geschäft von Kunden abgegebenen Seifenmarkenabschnitte des abgelaufenen und des laufenden Monats monatlich an den jeweiligen zu bestimmenden und bekanntzumachenden Tagen

an die Bezugsstelle, Marktgrafenstraße 8 abzuliefern.

Die abzuliefernden Seifenmarkenabschnitte sind getrennt nach Seifen- und Seifenpulverabschnitten und gesondert nach Monaten zu je 100 Stück zu bündeln. Weiblich hier nach Marke von weniger als 100 Stück übrig oder sind bei einem Geschäftsinhaber weniger als 100 Stück Marken abgegeben worden, so sind diese Marken in der vorhandenen Zahl zu bündeln. Die Markenabschnitte für Seifenpulver sind möglichst ungetrennt in einem Streifen (= 250 Gramm) einzuliefern. Sind die Marken für Seife und Seifenpulver von den Verbrauchern ungetrennt abgegeben worden, so wird den Händlern nachgelassen, die Abschnitte für Seife und Seifenpulver ungetrennt in einem Streifen zu bündeln und abzuliefern.

Die Marken sind in einem gut verschlossenen Briefumschlag einzuliefern. Mehr als 1200 Stück sind in einem gut verschlossenen Paket abzuliefern. Nicht nach dieser Vorschrift verpackte Marken werden zurückgewiesen. Auf dem Briefumschlag oder dem Paket ist außer dem Namen und der Wohnung sowie der Ausweisnummer des Abliefernden die genaue Zahl der inliegenden Marken nach Sorten getrennt, anzugeben. Für das Paket ist ein vorgedruckter Aufkleber zu verwenden.

Mit dem Briefumschlag oder dem Paket sind zwei von der Bezugsstelle zu beziehenden Markenablieferungsscheine — je 1 für Feinseife und Seifenpulver — abzugeben. Diese Vierscheine sind vollständig auszufüllen und genau zu berechnen. Die Angaben auf dem Briefumschlag oder Paket und den Markenablieferungsscheinen müssen übereinstimmen.

Die Richtigkeit der Angaben über die abgelieferten Marken hat der Geschäftsinhaber auf dem Briefumschlag oder Paket und auf den Vierscheinen mit seiner Unterschrift — Firmenstempel genügt nicht — ausdrücklich zu bestätigen. Der Geschäftsinhaber übernimmt mit der Unterschrift die Richtigkeit des Markeninhalts jede gesetzliche Verantwortung.

Die Seifenhändler haben über die Mengen Seife und Seifenpulver, auf die die abgelieferten Abschnitte lauten, ordnungsmäßig ausgefüllte Empfangsbescheinigungen, und zwar für Seife und Seifenpulver gesondert, vorzulegen; diese Empfangsbescheinigungen werden von der Bezugsstelle abgestempelt. Die Vorzüge für die Empfangsbescheinigungen haben die Seifenhändler bei der Seifenvertriebsstelle Leipzig, Pfaffenstraße 2, oder bei ihren Lieferanten zu entnehmen. Diese Empfangsbescheinigungen bilden für den Seifenhändler die Grundlage für die weitere Bezugsmöglichkeit. Sie sind mit der Warenbestellung den Lieferanten einzureichen und zwar bis zum 12. jedes Monats, soweit die Lieferanten Seifengroßhändler sind; bis spätestens 15. jedes Monats, soweit die Bestellung, sei es von einem Klein- oder Großhändler, unmittelbar beim Fabrikanten erfolgt.

Die Abgabe der im Monat September in den Seifengeschäften abgegebenen Kartenabschnitte der Monate September und Oktober hat in folgender Ordnung zu erfolgen:

Donnerstag, den 4. Oktober			
vormittags 8 Uhr	1-200	des Ausweises	
" 9 "	201-400	"	
" 10 "	401-600	"	
" 11 "	601-800	"	
nachmittags 3 "	801-1000	"	
" 4 "	1001-1200	"	
" 5 "	1201-1400	"	
Freitag, den 5. Oktober			
vormittags 8 Uhr	1401-1600	des Ausweises	
" 9 "	1601-1800	"	
" 10 "	1801-2000	"	
" 11 "	2001-2200	"	
nachmittags 3 "	2201-2400	"	
" 4 "	2401-2600	"	
" 5 "	2601-2800	"	
Sonntag, den 6. Oktober			
vormittags 8 Uhr	2801-3000	des Ausweises	
" 9 "	3001-3100	"	
" 10 "	3101-3200	"	
" 11 "	3201-Schluss	"	

Seifenverkäufer, die keinen Berechtigungsausweis haben, müssen ihn unter Vorlegung ihres Gewerbescheins bis zum 3. Oktober in der Bezugsstelle, Marktgrafenstraße 8, vorzulegen in den bekannten Geschäftsräumen entnehmen.

Zwischenhandlungen gegen die Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Leipzig, am 25. September 1917. Kr.-E.-A. I. Der Rat der Stadt Leipzig.

Gemeinde-Sparkasse Liebertswitz.

Unter Verwaltung der Gemeinde.
Einlageguthaben: 18 352 757 Mark 48 Pf.
Rücklagen: 1 006 000 —
Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent.
Kostenlose Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Geschäftszeit: Montags bis Freitags vormittags von 8-12 1/2 und nachmittags von 2 1/2-4 Uhr.
Sonnabends nur vormittags von 8-12 1/2 Uhr.
Geschäftszeit der Zweiggeschäftsstellen:
Ortskassen: jeden Tag.
Proskau (unmittelbar an der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn): jeden Tag.
Göhren: jeden Tag.
Zweinaundorf: Montags bis Freitags vormittags von 9-1 und nachmittags von 3-5 Uhr, Sonnabends von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr.
Giro-Konto bei der Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden in Leipzig und bei dem Giroverband Sächsischer Gemeinden. Postfach-Konto Nr. 11 480.

Neue Geschichten aus dem Tierleben

von Arno Marx, gebunden 1.90 Mk., empfiehlt
Leipziger Buchdruckerei A. G.

Bauarbeiter-Verband

Telephon 8076. Zweigverein Leipzig. Telephon 8076.
Bureau im Volkshaus. Bureauzeit 9-1 und 5-8 Uhr.

**Mittwoch, den 26. September 1917, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung**

im Saale des Volkshauses, Zeilher Straße 32.
Tagesordnung: 1. Fortsetzung der am 7. September verlagten Versammlung. 2. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Konsumverein L. Plagwitz und Umgegend. G. Gen. m. b. H.

Freitag, den 28. September 1917, abends 8 Uhr
im Saale der Westendhallen, Leipzig-Plagwitz

Ordentliche General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht über das Jahr 1916/17.
 2. Genehmigung der Jahresrechnung und Verteilung des Ertrages.
 3. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern (an Stelle der ausscheidenden und wieder wählbaren Herren Richard Schreiber und Adolf Bammes).
 4. Wahl von neun Aufsichtsratsmitgliedern (an Stelle der ausscheidenden und wieder wählbaren Herren Alfred Erdmann, Wilhelm Harmann, Bernhard Hebold, Reinhold Kresse, Julius Lux, Friedrich Rehbaum, Robert Schöllner, Ernst Schmidt, und Otto Walther).
 5. Etwaige Anträge nach § 13 der Statuten.

Nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder der blauen Ersatzkarte für das Mitgliedsbuch, nicht der Markenkarte, ist der Eintritt zum Versammlungsraum gestattet. Legitimationskarten berechtigen nicht zum Eintritt.

Im Felde befindliche Mitglieder können ihre Ehefrauen durch schriftliche Vollmacht zum Besuch dieser Versammlung ermächtigen.

Die geehrten Mitglieder werden zu recht zahlreichem Besuch hierdurch eingeladen.

L. Plagwitz, den 11. September 1917.
Der Vorstand.
Fr. Seifmann. Rich. Schreiber.

Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig-Land.

Sonntag, Montag, dem 1. Oktober 1917
an sind die Geschäftsräume der Kasse an allen Werktagen ununterbrochen von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.
Leipzig, am 22. September 1917.
Der Kassenvorstand.
D. S. Wald Fischer, Vorsitzender.

Arbeitsmarkt

Für unsere Akzidenz-Abteilung suchen wir zum baldigen Eintritt einen tüchtigen
Buchdruck-Maschinenmeister
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19-21.

Tüchtigen Drehern und Vorarbeitern
bietet ausschlaggebende Stellung für jetzt u. nach Kriegsende
Magnus Wallenfabrik Döbeln.

Hofarbeiter
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Geldbahnfabrik
L. Entr., Schlabacher Str. 80.

Arbeiter mit Schlippe und Backe werden angenommen.
Steinsechmeister **Hofmann**
Sedanstraße 22.

Geschirrführer und Arbeiter
steht sofort ein
Ernst Claus, Kohlhandlg.
Leipzig-Bl., Josephinenstr. 31.

Nachwächter
für Lagerplatz in Eutritzsch sofort gesucht. Zu melden
Georg Otto Schneider,
G. m. b. H., Leipzig-Eutr.,
Schlabacher Str. 80.
Zigarren- u. Wickelmaschinen
Ludw. Mühlpfordt, Kreuzstr. 35.

Ein umsichtiger, erfahrener
Fabrikchloffer
wird zum sofortigen Eintritt gesucht.
Leipziger Buchbinderei-Vereinsgesellschaft
vorm. Gustav Fröhliche.

Geübte Holzpantlin-Nagler
bei 10 Lohn v. P. l. Leipz. Holzschub-Pantoffelfabrik, Uferstr.

Kräftige Arbeiter
werden zum Ausladen von Metallen sofort gesucht.
Kriegsmetall-Aktiengesellschaft
Ausstellungsgelände.

Die suchen zum sofortigen Eintritt
tüchtige
Kartonnagen-Arbeiterinnen
Leipziger Buchbinderei-Vereinsgesellschaft
vorm. Gustav Fröhliche.

Anlegerinnen für Steindruck
suchen **Bürger & Ottilie**, Emilienstraße 21.

Arbeiterinnen und Arbeitsburschen
für sofort gesucht.
Rudolph Ady
Gemüse- und Obsttrocknerel
Lindenau, Birkenstraße 8.

Zum 1. Oktober
gewandte Stubenmädchen
gesucht. Rest. wollen sich mit Zeugnissen melden
von 3-4 Uhr. **Schwärzchenstr. 27, Villa**

Hausmannsposten **Interate** sind nicht an die
zu vergeben. **Medation**, son-
Matthäikirchhof 28. **d. Leipz. Volksges. zu richten**

Familien-Nachrichten

Für die so zahlreichen Beweise der Liebe und herzlichsten Teilnahme und reichen Blumen-schmuck beim Hinscheiden unserer herzenguten unvergeßlichen
Olga
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern tiefgefühlten Dank.
Dir, liebe Olga, ein Ruhe sanft in dein allzu frühes Grab.
Die trauernden Eltern **Hermann Feller**
Anna Feller geb. Bahr.

Ganz plötzlich und unerwartet starb nun auch noch am Sonntag unser letztes einziges herzengutes Söhnchen
Hellmut Zacharias
im zarten Alter von 8 Monaten. Es folgte seinem lieben Bruder Gerhard nach 5 Tagen in die Ewigkeit nach. In tiefer Trauer
L. Kleinschöcher, Schöner Weg 23
Die schwergeprüften Eltern
Walter Zacharias und Frau.
Liebe Kinder, ruht in Frieden,
Denn der Tod hat euch zu früh
Aus der Eltern Kreis geschieden,
Aber aus dem Herzen nie.
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 1/2 2 Uhr, von der Kapelle des Friedhofs Kleinschöcher aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein Hemelingen.
Unsere Mitglieder zur traurigen Nachricht, daß gestern mittag nach langem schwerem Leiden unser treuer, langjähriger Genosse
Eduard Jäckel
im 48. Lebensjahre gestorben ist.
Seine letzten Willen.
Hemelingen, den 23. September 1917.
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 1/2 4 Uhr, von der Kapelle des Gemelinger Friedhofs aus statt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. September.

Geschichtskalender. 25. September 1555: Augsburg... 1793: Zweite Teilung Polens... 1890: Der Geolog und Paläontolog Karl Alfred v. Zittel...

Sonnenaufgang: 5,51, Sonnenuntergang: 5,51. Mondaufgang: 3,11 nachm., Monduntergang: 11,31 nachm.

Eine Verzögerungspille des Rates.

Wir hatten seinerzeit die Eingabe zur Kenntnis unserer Leser gebracht, mit der der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei den Rat ersuchte, bereits die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen nach den von den Stadtverordneten beschlossenen Änderungen der Wahlbedingungen vorzunehmen.

Die Behauptung des Rates, in der Stadtverordnetenversammlung sei von keiner Seite der Wunsch laut geworden, die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen nach einem veränderten Wahlsystem vorzunehmen, steht mit der Wahrheit im strikten Widerspruch.

Der Leipziger Großmarkt.

Von bürgerlicher Seite erhalten wir folgende Zuschrift: Der Leipziger Großmarkt für Gemüse und Obst ist schon öfter Gegenstand von Erörterungen in der Öffentlichkeit gewesen.

Die jetzigen Klagen, die im Laufe des Jahres gegen den Großmarkt erhoben worden sind, zeigen schon, daß die jetzigen Zustände nicht zu wünschen übrig lassen.

Das wichtigste für die Bevölkerung ist ohne Frage die Versorgung mit billigen Lebensmitteln. Leider hat der Großmarkt die Waren noch selber erheblich verteuert.

Minerwertige Pfäumen wurden auf dem Großmarkt zum Preise von 27 M. für den Zentner verkauft. Für Weichholz beträgt der Erzeugerhöchstpreis 4 M., der Großmarktpreis 13 M.

Diese wenigen Beispiele sind wohl Beweis genug, daß die Waren durch die jetzige Einrichtung des Großmarktes stark verteuert werden, so daß Abhilfe dringend nötig ist.

Wer in den letzten Tagen Gelegenheit hatte, den hiesigen Großmarkt zu besuchen, konnte beobachten, daß fast täglich eine Anzahl von Waggons nicht entladen werden konnten.

lang, ehe sie Waren bekommen. Die Schuld daran trägt die gegenwärtige Einrichtung des Großmarktes. Bei starker Beschäftigung ist es ganz unmöglich, daß ein Mann die Verteilung so schnell vornehmen kann, wie es im Interesse der Bevölkerung liegt.

Auch die Herbeischaffung der Waren entspricht nicht den Ansprüchen, die an den Großmarkt gestellt werden müssen. Wohl ist in letzter Zeit der Großmarkt stärker mit Waren beschickt worden, das kommt aber daher, weil sämtliche Auslandswaren von der Reichsstelle den Städten entsprechend ihrer Einwohnerzahl geliefert werden.

Die Änderung der beschriebenen Zustände ist im Interesse der Leipziger Einwohner unbedingt erforderlich. Notwendig ist auch, daß die Stadt eine viel schärfere Kontrolle auf den Großmarkt ausübt, als das jetzt der Fall ist.

Von den Stadtverordneten kann die Einwohnerschaft wohl erwarten, daß sie sich eingehend mit den Zuständen auf dem Großmarkt beschäftigen. Das ist um so mehr geboten, als wir unmittelbar vor den Stadtverordnetenwahlen stehen.

Soweit die Zuschrift. Wir haben schon öfter auf die unglaublichen Zustände auf dem Großmarkt hingewiesen und gezeigt, wie schwer die Interessen der Leipziger Bevölkerung darunter leiden. Diese Kritik hat allerdings bisher keine Besserung erreicht.

Lebensmittellisten für Mittwoch, den 26. September.

Für Haushaltungen.

Anmeldung, Fleisch: Vorlegter Tag - abzugeben Reichsfleischmarken C 1-8 (Kinder C 1-5), für Wurst 0 und 10. Eier: Legter Tag - abzugeben reisedarben und weißliche Eiermarken B 5.

Für Händler.

Quark- und Käse: Bezugseinnahme durch die Obmänner nachmittags 3-5 Uhr und Ablieferung an die Leipziger Käseverteilungsgesellschaft.

Warenabgabe: Bezugseinnahme durch die Kleinhandl. Teilwaren: Warenablieferung durch die Kleinhandl. einer Obmannschaft an ihren Obmann.

Kartoffeln: Bezugskarteneinnahme durch den Kleinhandl., vormittags K und S, nachmittags T bis Z.

„Die einseitige Zusammensetzung des Stadtverordnetenkollegiums kann niemals als Vertretung der gesamten Bürgererschaft angesehen werden.“ Zu dieser Auffassung bekennt sich eine Zuschrift, die aus dem Kreise der Zeitbeisetzenden in den Leipziger Neuesten Nachrichten abgedruckt wird.

Befreiung der Landeskartoffelkarte. Die Landeskartoffelkarte berechtigt zum zentnerweisen Einkauf von Kartoffeln von jedem Kartoffelerzeuger im ganzen Königreich Sachsen.

Billiges Bodenleder. Wie uns vom Rate mitgeteilt wird, ist ein weiterer Posten sogenanntes billiges Bodenleder für Minderbemittelte eingetroffen und den in Frage kommenden Leberhändlern bereits angeteilt worden.

Für Kartoffelkäufer. Von den Haushaltungen ist der Kartoffelbedarf für die nächsten Wochen im voraus, und zwar unverzüglich zu entnehmen. Die Kartoffelkäufer werden daher, sofern sie nicht schon bisher ihre Kartoffeln selbst abzuholen pflegen, nachdrücklich darauf hingewiesen, sich nicht allein auf die Zufuhr durch die jetzt stark in Anspruch genommenen Großhändler zu verlassen, sondern ihrerseits die Kartoffeln möglichst selbst von den Großhändlern abzuholen, um den Haushaltungen ihren Kartoffelbedarf für die nächsten Wochen unverzüglich liefern zu können.

Mit Kartoffeln versehen! Die Kartoffeln für die drei Versorgungswochen vom 8. bis 20. Oktober, deren Anmeldung mit den Kartoffelmarken L 3/L 3, L 4/L 4 und L 5/L 5 bis Sonntagabend, den 22. September, zu erfolgen hatte, sind so bald als möglich bei den Kleinhandlern zu entnehmen.

Zur Kohlenversorgung. Wie die Kriegsamtstelle mitteilt, wird von dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung für die Zeit vom 1. bis 5. Oktober 1917 eine Neueinrichtung der Weidarten für gewerbliche Verbraucher von Kohlen, Koks und Briketts gemäß der Bekanntmachung vom 17. 6. 17 angeordnet werden.

Kohlen sparen! Das Kriegsamt schreibt: Das heißt nicht nur, weniger Kohlen zu verbrauchen, sondern versuchen, mit der herabgesetzten Kohlenmenge möglichst dieselbe Wirkung wie mit der vollen Kohlenmenge zu erreichen.

Die Familienabende im Volkshaus. Von jetzt an finden im Volkshaus regelmäßig wöchentliche Familienabende statt. Neben dem bekannten Schilke-Orchester sorgt ein Operettentheater für Unterhaltung.

Zamarrinerunterricht für Damen. Die Reitungs-Gesellschaft beginnt am 10. Oktober in ihrem Vortragssaal wiederum einen Ausbildungskurs, in der ersten Hülse bei Unfallsfällen und in der häuslichen Krankenpflege.

Zirkus Krone! Die Ankunft dieses Niesenernehmens erfolgt Mittwoch, den 26. September, mittels Sonderzuges am Bayrischen Bahnhof. Der Zirkus hat nicht bloß ein Mundtheater ersten Ranges und einen vorzüglichen Pferdebestand, sondern hauptsächlich und in erster Linie die aus annähernd 200 erstklassigen Tieren bestehende Wanderkassette, die allein für sich eine Sehenswürdigkeit bildet.

Roschenerverkauf. Mittwoch, den 26. September, findet auf dem Tschlachthof kein Verkauf statt.

Neue Bekanntmachungen. Die in der heutigen Ausgabe abgedruckten neuen Bekanntmachungen betreffen die Ablieferung der Eisenmarken durch die Eisenhändler und die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit bei der Drickrankelei Leipzig-Land.

Polizeinrichten.

Anfälle. Am 24. 9. nachmittags ist ein 3-jähriges Mädchen auf dem Johannisplatz von einem Kraftwagen angefahren und zur Seite geschleudert worden, wodurch das Kind anscheinend innere Verletzungen erlitten hat.

Wem gehört das Geldbäckchen, das am 22. September einem Schulfrauen im Hauptbahnhof abgenommen worden ist? Der Name will es dort am selben Tage mit einem Geldbetrage von über 50 M. gefunden haben, wofür es eine Krone in einem gelben Mantel verloren haben soll.

Diebstähle. Gestohlen worden ist am 16. September von einem Wagenpflanz auf der Krandsstraße ein 1 Meter breiter, 3 Meter langer zweirädriger Handwagen, der blau gestrichelt ist und an dem sich drei neue, ungestrichelte Querschlingen (Schwinge) befinden und auf dessen linken Gabelbaum eine eisenerne Schiene aufgeschraubt ist.

Aus der Reichshauptstadt.

Die grünen und blauen Schokoladen-Bezugscheine können nachträglich nur in der Zeit vom 20. September bis 1. Oktober in den Geschäften vorgelegt werden.

Für weiße Wädhren beträgt der Kleinhandels-Höchstpreis 6 Pfg. das Pfund.

Zur Beschaffung der Lederabfälle und Sohlenschnoren wird mitgeteilt, daß die Verfügung deshalb erlassen ist, um die Bevölkerung vor Ueberverteilung zu bewahren und den Schuhmachern möglichst viel Lederabfälle zu Fließzwecken zur Verfügung zu stellen. Durch die Herstellung der unverantwortlich teuren Sohlenschnoren wurden schon viel zu lange der Bevölkerung große Mengen geeigneter Lederabfälle entzogen, die für Ausbesserungszwecke weit wichtiger sind. Statt daß wie bisher die Lederabfälle in kleine, gleichmäßig geschnittene Stücken zerlegt werden, sollen sie jetzt unzerhackt als Fließleder besser und billiger verwertet werden.

Mehr Schutz für Mutter und Kind. Der Magistrat unterbreitete dem Stadtverordneten zwei Vorlagen. Die erste betrifft die Gewährung von 50 000 Mark zum Schutze außerschulischer Kinder. Die zweite Vorlage will eine städtische Fürsorge für ledige Schwangere schaffen.

Papiermangel und Presse. Einige Berliner Blätter erschienen am Sonntag nur in einem Umfang von sechs Seiten. Der Lokalanzeiger meldet, daß er fast alle aufgegebenen Inserate (nicht weniger als 29 Seiten mit nahezu 5000 verschiedenen Anzeigen) nicht bringen konnte. Dem Berliner Tageblatt ist es ähnlich ergangen.

Brennholz für die Bevölkerung. Der Magistrat Berlin will Brennholz beschaffen. Er fordert die Stadtverordnetenversammlung auf, ihn zu ermächtigen, vorläufig zwei Millionen Mark dafür zu verausgaben.

Kohlenkellerrevisionen. Mit dem Ergebnis der Kohlenbestandsaufnahme in Groß-Berlin sind die Behörden nicht zufrieden. Sie sind überzeugt, daß bei weitem nicht alle Vorkräte angegeben worden sind. Es sind deshalb Kohlenkellerrevisionen angeordnet worden. Den Anfang wird in den ersten Oktobertagen Wilmersdorf machen.

Wegwarendiebstahl. In der Nacht zum Sonntag stahlen in der Oranienburger Straße in dem Geschäft von Freytag u. Co. Einbrecher, nach dem noch nicht ganz abgeschlossenen Feststellungen, für etwa 30 000 Mk. fertige Waren, Alaskafuchs, Zobel, Fitis usw. und Felle.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Eisenbahnzusammenstoß bei Akerich.

In der ersten Morgenstunde der vergangenen Nacht hat sich auf dem Bahnhofs Akerich ein folgenschwerer Unglücksfall ereignet. Durch Ueberfahren eines Koffelwagens im Bahnhofsbereich ist der aus der Richtung Altenburg eingelassene Güterzug 6208 einem aus der Gegenrichtung kommenden Güterzuge in die Flanke gefahren. Die Ursache hierzu scheint in ungenügender Bremswirkung zu liegen. Der verursachte Materialschaden ist erheblich, u. a. sind dem Unfall mehrere Kinder zum Opfer gefallen. Seiner hat das Unglück auch ein Menschenleben gefordert. Der Zugführer Heinrich aus Reichenbach i. B. ist unter die Trümmer geraten und hat dadurch sein Leben eingebüßt. Weiter sind noch fünf Personen des Zugpersonals teils leicht, teils schwer verletzt worden, nämlich der Lokomotivführer Holz Müller, der Heizer Rinko, die Schaffnerinnen Sellmann und Heinrich, sämtlich aus Reichenbach, sowie der Heizer Ruppert aus Engelsdorf. Die Schaffnerin Heinrich ist die Tochter des getöteten Zugführers. An der Unfallstelle traf der Rettungszug und bald danach noch ein Sonderzug mit Ärzten und Samaritern aus Leipzig ein.

Enthra. Eine Knochenknocherei zur Klauenölgewinnung wird demnächst hier errichtet werden, nachdem ein Gesuch der Firma Louis Kühn zur Errichtung einer solchen Anlage die Zustimmung des Bezirksausschusses gefunden hat.

Ellenburg. Kartoffelabgabe. Auf die Nr. 36 der Lebensmittelliste können für die laufende Woche 7 Pfd. Kartoffeln für die Person bei den Händlern entnommen werden.

Sächsische Angelegenheiten.

Zum Wahlrechtskampf in Sachsen.

Kaum in einem andern Agitationsbezirk wird so aufgeregt und Hogg auf unreife Partei geschimpft, als dies im Zwickauer Agitationsbezirk von den „führenden“ Personen geschieht. Kreidlich ist ihre Aufregung begreiflich, denn fast täglich passiert es ihnen, daß sie von irgendeiner Gruppe eine Abgabe erhalten, und daß Abstellungen auf das Sächsische Volksblatt kommen. Die unabhängige Bewegung macht dort nicht zuletzt durch das tolpatschige Verhalten der Zwickauer „Größen“ gute Fortschritte.

Als die Zeitung des Kreisvereins der Unabhängigen Sozialdemokratie für den 18. Kreis zwei öffentliche Versammlungen einberief, die eine nach dem Veldere in Zwickau für Sonnabend, den 22. September, die andre für den 29. September nach Oberplanitz bei Zwickau, in denen über den Wahlrechtskampf in Sachsen gesprochen werden sollte, da verließ den Vorsitzenden des alten (abhängigen) Kreisvereins und Redakteur des Volksblattes, Müller, noch der letzte Rest von Ruhe und Ueberlegung. In der Sonnabendnummer seines Blattes läßt er eine Schimpftatoneade gegen die bösen Unabhängigen vom Stapel und warnt mit fast lebendigen Worten die Mitglieder, die Versammlungen zu besuchen. Es sei den Unabhängigen nicht um den Wahlrechtskampf zu tun, sondern nur um die Herunterreiherel der Abhängigen. Diese Verächtlichkeit ist nur ein vorgeschickter Grund, um die Mitglieder vom Besuch abzuhalten; dann aber vor allem, um der peinlichen und schweren Pflicht entbunden zu sein, sich mit den Unabhängigen auseinanderzusetzen zu müssen. Späher ist nur, daß Herr Müller dies in seiner Notiz noch extra betont; er sagt nämlich:

„Die Zeitung der sozialdemokratischen Partei im 18. Kreise muß es daher ablehnen, sich mit den „Unabhängigen“ auf diese Weise auseinanderzusetzen. Der Kampf um die politische Freiheit des sächsischen Volkes darf nicht im Zeichen des Bruderkrieges geführt werden.“

Die pure Angst läßt Herrn Müller eine Dummheit um die andre machen. Wenn er schon solch schredliche Angst vor den Auseinandersetzungen hat, so brauchte er sie keinem Gegner doch nicht schwarz auf weiß zu bezugen. Nun ist die Schau vor den Augen an derlei Überlegenheiten aber sehr bezeichnend; denn Herr Müller weiß genau, daß er mit seinen Freunden in der Wahlrechtsfrage im sächsischen Landtage sehr jammervoll abgeschnitten hat, genau so wie die

abhängige Partei mit ihrer Kriegspolitik überhaupt. Das dürfen seine Mitglieder nicht erfahren, darum sein Angstruf: Weidst dahem, geht ja nicht in die Versammlungen!

Die Versammlungen haben trotzdem stattgefunden, und wenn sie auch mäßig besucht waren, so zeigte doch der Geist, der sie besetzte, daß die Besucher zu den politisch denkenden Arbeitern und Arbeiterinnen gehören; und sich nicht bequemen lassen, ob sie in eine Verlammlung gehen dürfen oder nicht. Die Versammelten nahmen die Ausführungen des Genossen Seger mit lebhaftem Mißfallen entgegen. In Planitz unterbrach der Beamte den Redner mit dem Bemerkens, die sächsische Regierung dürfe nicht kritisiert werden, der Burgfriede müsse aufrechterhalten bleiben. Sonst verließ auch diese Versammlung würdig und gut. Der schon in der Leipziger Versammlung beschlossene Resolution wurde zugestimmt.

Nationalliberale Selbstmordpolitik.

Mit dieser Ueberschrift versteht die Zittauer Morgenzeitung ihre Besprechung über den Zusammenschluß der sächsischen Nationalliberalen und Konservativen in der neuen Vaterlandsparlei. Die Konservativen hätten den nationalliberalen Vorschlag nur deshalb zum Präsidenten empfangen, damit die Nationalliberalen die konservativen Geschäfte besorgen. Das ist richtig. Aber grundfalsch unterscheidet sich nationalliberale und konservative Politik in Sachsen nicht, sondern höchstens der Form und bei manchen Fragen dem Grade nach. Es ist auch richtig, was die Zittauerin über das Verhalten der Nationalliberalen in der Neuordnungskommission sagt:

„Im Verfassungsausschuß ist jede erspriessliche Arbeit unmöglich geworden, weil die Nationalliberalen sich geflissentlich von der Piste fernhalten. Nur durch ihr ablehnendes, verschleppendes Verhalten sind sämtliche Reformarbeiten nämlich gescheitert, und das Ansehen der Zweiten Kammer ist dadurch schwer erschüttert worden. Kann man sich da wundern, wenn die Regierung dem Ausschuß mit offenbarem Hochnachsehen und keine von den Versprechungen des Ministers des Innern erfüllt, er wolle mit dem Ausschuß gern zusammenarbeiten und Rede und Antwort stehen! Er hat ganz recht, die Anhänger Sattlers und Vogels so zu behandeln. Er kennt sie und weiß, daß sie im innersten Herzen gar keine Reform wollen.“

Es ist aber irrtümlich, anzunehmen, die Nationalliberalen Sachsen spielten die konservativen Friedoline erst jetzt; ihre Selbständigkeit ging zum Teil, als sie sich 1887 mit den Konservativen zu dem berückichtigten Wahlkartell zusammenschlossen, das für viele Kreise Deutschlands dann Vorbildlich wurde. Ihre Politik bei Verfassungswirksamkeit wurde immer konservativer, daran ändern gelegentliche radikal klingende Reden absolut nichts, mit denen die Nationalliberalen in der Öffentlichkeit ihre unabhängige Politik darzustellen versuchten.

Wie die Zittauerin noch mittelst, „besteht der nach den Satzungen der Deutschen Vaterlandspartei für jeden Bundesstaat zu bildende engere Ausschuß in Sachsen aus folgenden Herren: Geh. Oekonomenrat Andrä, konservativer Abgeordneter und Landesvorstand der Bundes der Landwirte, Oberbürgermeister Dr. Dietrich-Leipzig, Landgerichtsdirektor Heitner, Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion, Geh. Kommerzienrat Reineker-Chemnitz und Graf Schönburg-Glauchau.“

Also auch der nationalliberale Oberbürgermeister Dr. Dietrich befindet sich in der Leitung der ganz rechtsstehenden; diese Tatsache ist nicht ganz uninteressant. Seine abhängige-sozialistische Steigbügelhalter in Leipzig wird dies gewiß interessieren.

Chemnitz. Am Sonnabendabend wurde beim Ueberfahren der Jagdhahn in der Vorstadt Gadleng ein 87 Jahre alter Invalide von einem Straßenbahnwagen überfahren. Er wurde schwer verletzt in das Stadtkrankenhaus übergeführt, wo er am Sonntag früh starb. Am Sonntagvormittag wurde in einem Hause der Westvorstadt eine 24 Jahre alte Ingenieurstochter mit ihrem fünf Jahre alten Sonne in der Küche tot aufgefunden. Die Frau hatte in Abwesenheit ihres Mannes die Gashähne in der Küche geöffnet.

Gerichtssaal.

Schwergericht.

Auf der Rehwildjagd beim Wilderer abgefaßt. Am Morgen des 17. September v. J. hemelte der als Jagdaufsicht angestellte Flurhüter Sonntag auf der Plaußiger Rittergutsflur zwei Männer, von denen der eine sich in voller Jagdausrüstung befand und zwei Gewehre trug, während der andre einen schweren Rucksack mit sich führte. Als er die beiden Leute nun anhielt, erklärte der eine von ihnen, sein Begleiter sei jagdberechtigt und habe den Jagdschein bei sich. Sonntag forderte den Mann — es war der Wildschützer und Flugzeugkontrollor Wilhelm Schnitzer aus Birkendorf, der damals in der Flugzeugwerken am Heiligen Bild in Stellung war — zur Vorgehensweise des Jagdscheins auf. Schnitzer hielt dem Beamten dann auch einen Schein hin, ohne daß Sonntag jedoch den Inhalt lesen konnte. Hierbei schrie er den Flurhüter an: „Wenn Sie nicht sofort machen, daß Sie fortkommen, schreie ich Sie über den Damm!“ Sein Begleiter, der Fischer Albert Bernhardt aus Mühlhausen, herabigte Schnitzer und meinte, er sollte doch keine Dummschneit machen. Dann entfernten sich die beiden. Sonntag ließ sie aber nicht aus den Augen und stellte sie später nochmals. Als der Flurhüter dem Schnitzer zurief, stehen zu bleiben, sonst werde er schießen, legte Schnitzer sein Gewehr auf ihn an und traf ihn in das Knie. Vorher hatte Sonntag einen Schrotschuß aus dem Revolver abgefeuert. Durch den hinzutommenden Jagdberechtigten, Schneider, wurden die beiden Wilderer dann festgenommen. Bernhardt hatte sich bereits vorher des Inhalts seines Rucksacks, eines von Schnitzer geschossenen Rehs, entledigt und das Wild in einem Weidenbüschel versteckt. Nunmehr standen Schnitzer und Bernhardt, des gemeinschaftlichen unberechtigten Jagens während der Schonzeit, des Widerstands gegen einen Forstbeamten und der gefährlichen Körperverletzung angeklagt, vor dem Schwergericht Leipzig. Schnitzer erklärte, er habe an dem fraglichen 17. September v. J. nach Mühlhausen gehen wollen, um dort auf dem Jagdrevier eines Gutsherrn H. aus Seehausen sein neues Gewehr einzuschließen. Bernhardt habe er nur mitgenommen, weil dieser gern einmal mit zur Jagd habe gehen wollen. Er sei infolge der Strapazen des Krieges nervös geworden und auch dieses Revidens wegen aus dem Herberdienst entlassen. Daß er das Reh, obwohl damals für weibliches Rehwild Schonzeit gewesen sei, geschossen habe, gab er zu. Als er das Reh plötzlich aus dem Büschel habe herausstreifen sehen, habe er sich nicht mehr beherrschen können und habe in seiner Erregung losgeschrien. Daß Sonntag ein Jagdaufsicht gewesen sei, habe er nicht gewußt; er habe ihn vielmehr für einen Eisenbahnbeamten gehalten. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme wurde Schnitzer, den der Sachverständige, Professor Dr. Nadel, als einen infolge seiner Nervosität geistig nicht ganz vollwertigen Menschen bezeichnet, dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß unter Annahme mildernder Umstände zu einem Jahre Gefängnis und vierhundert Mark Geldstrafe verurteilt. Der Mitangeklagte Bernhardt erhielt lediglich wegen unberechtigten Jagens eine Geldstrafe von 150 Mark unterlag.

Verhandlung des Schlichtungsausschusses

Sitzung vom 20. September.

Der Arbeiter V. befindet sich bei der Firma M. in Arbeitsurlaub und ist inzwischen von der Firma weiter rekrutiert worden. V. hat bisher einen Wochenverdienst von 45 Mk. erzielt, wovon er seine fünfjährige Familie nicht erhalten kann. Er kann in einer andern Firma einen Akkordverdienst von 70 Mk. und einen Stundenlohn von 1.10 Mk. erreichen. Der Akkordverdienst ist ihm jedoch verweigert worden. Der Vertreter der Firma erklärt, daß V. auch

in seiner Firma 62 Mk. und mehr im Akkord verdienen könne, er gibt jedoch zu, daß in den letzten Wochen unzulängliche Arbeit vorgelegen habe. Dieser Zustand sei aber nur vorübergehend und er wolle deshalb dem Arbeiter dadurch entgegenkommen, daß ihm die Kinderzulage, die sonst erst nach drei Monaten gewährt würde, sofort gewährt wird. Der Schlichtungsausschuß beschließt, den Akkordverdienst abzulehnen, da die neue Firma den erhöhten Akkordverdienst von der Leistungsfähigkeit des Arbeiters abhängig mache und die alte Firma in Aussicht stelle, daß V. einen höheren Arbeitsverdienst erzielt.

Der Werkmeister G. ist bei der Firma E. u. Co. zu einem Monatsgehalt von 330 Mk. angestellt und erhält entgegen ihm gemachten Versprechungen keine Entschädigung für Ueberarbeit. Eine schon angeforderte Verbesserung seines Vertrags mit Prozentverteilung ist nicht zustande gekommen, weil die Firma gegen G. die Beschuldigung erhoben hat, daß er mit den Arbeitern in der Gastwirtschaft verkehre und dadurch vielfach seine Verpflichtungen vernachlässige (!). G. hat nach diesen Beschuldigungen die Arbeit verlassen, da ihm nicht zugemutet werden könne, unter solchen Verhältnissen die vorgesehene Abkündigung einzuhalten. Der Inhaber der Firma ist geladen, jedoch unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand nicht erschienen; er hat es auch unterlassen, einen Vertreter zu entsenden. Nach eingehender Prüfung beschließt der Schlichtungsausschuß, G. den Akkordverdienst zu erteilen.

Der Arbeiter L. erkrankt im Akkordverdienst, der ihm von der Firma Schn. u. G. verweigert wurde. L. hat vor seiner letzten Krankheit im Betrieb durchschnittlich 12 Mk. pro Tag beim Kohlenabladen verdient und ist jetzt in eine andre Abteilung gekommen, wo er nur 7.50 Mk. verdient hat. Vom Vertreter der Firma wird eingewendet, daß L. aus der Abteilung weg sei, weil er sich mit seinen Mitarbeitern gehäufelt habe und L. auch in der neuen Abteilung mehr verdienen könne; er habe überhaupt erst einen Tag in dieser Abteilung gearbeitet. Die Firma erklärt sich jedoch bereit, aus Billigkeitsgründen L. den Akkordverdienst zu erteilen, der ihm, wie der Vorsitzende bemerkte, vom Ausschuß nicht ausgesprochen worden wäre. Damit ist die Sache gütlich erledigt.

Dem Schlichter D. ist während eines vorübergehenden Krankheitsfalles, der seine Erwerbsfähigkeit nicht beeinträchtigte, von der Firma E. u. G. sein Stundenlohn von 1.15 Mk. auf 1.08 Mk. gekürzt worden. Der Vertreter der Firma führt aus, daß er von einer dritten Person erfahren habe, daß D. ein Geschwür am Arm habe und nach seiner Ansicht die Arbeit teurer geworden sei. Er erklärt sich bereit, die 1.15 Mk. Stundenlohn voll zu zahlen und diesen Lohn auch bei Ueberarbeit zu garantieren. D. zieht darauf seinen Antrag auf Erteilung des Akkordverdienstes zurück. Die Sache gilt als gütlich erledigt.

Der Schlichter J. verlangt den Akkordverdienst, der ihm von der Firma Leipziger Werkzeugfabrik J. verweigert wurde. J. hat einen Stundenlohn von 96 Pfa. und kann in neuer Firma als Einrichter 1.20 Mk. erhalten. Der Vertreter der Firma befreit, daß J. eine Stelle als Einrichter übernehme könne, und erklärt, daß J. im Akkord auch bis zu 1.20 Mk. verdienen könne. J. habe die Akkordarbeit jedoch wiederholt abgelehnt. Es wird festgestellt, daß die Festlegung von Akkordpreisen für die für J. in Frage kommenden Arbeiten sich nicht so erfassen lasse als in andern Fällen, und außerdem der neu gebotene Lohn als Anfangslohn in Frage kommt, während nach Angabe des Firmenvertreters dieser Lohn als Höchstlohn im Akkord zu erreichen ist. Der Schlichtungsausschuß beschließt, den Akkordverdienst zu erteilen.

Die Allgemeine Oriskrankenkasse für die Stadt Leipzig

gebildet am 31. August 1917 160 814 Mitglieder (gegen 160 602 im Jahre 1916) und zwar 80 676 (88 886) männliche und 80 688 (78 856) weibliche Personen. Meldungen einschließlich zur Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung gingen ein: 29 264 (25 914), und zwar 20 804 (17 943) Anmeldungen und 18 480 (17 071) Abmeldungen. Mitgliedsbeiträge waren 3176 (2300) auszufertigen. Krankenmeldungen folgten von 4278 (3880) männlichen und 4042 (3202) weiblichen erwerbsunfähigen Mitgliedern einschl. 311 (220) Wöchnerinnen. Krankenhauspflege erhielten 429 (500) Mitglieder, also der 21. Teil der sämtlichen erwerbsunfähig erkrankten Mitglieder. Im Kranken-, Haus- und Wochengeld einschl. Krankengeld wurden im August 401 818.— (270 488.08) Mk. gewährt, außerdem 18 802.61 (12 642.46) Mk. an Sterbegeld, und zwar 15 308.45 Mk. für Mitglieder und 3494.16 Mk. für Angehörige. Im Monat August entfallen ca. 13 570 Mk. bare Hinterbliebenen auf einen Tag. In den acht Monaten des laufenden Jahres wurden an Kranken-, Haus- und Wochengeld zusammen 2 888 564.87 (1 706 479.89) Mk., ein Krankengeld aus Reservemitteln von 853 128 Mk. und an Sterbegeld 149 108.85 (106 709.00) Mk. ausgezahlt. Die vollen Leistungen für 26 resp. 34 Wochen für eine ununterbrochene Krankheit erhielten 75 Mitglieder. Von den 17 angestellten Krankenkassendirektoren wurden 15 948 und von den freiwilligen Krankenkassendirektoren nach den hier vorliegenden Mitteilungen 10 642 Besuche gemacht. Wegen Zuwiderhandlungen gegen die Satzung wurden insgesamt 820 (519) schriftliche Anzeigen erstattet. In 830 Fällen wurden Strafen in verschiedener Höhe verhängt, in den übrigen Fällen dagegen entsprechende Verwarnungen erteilt. In den Filialkassen haben an den Sonnabend 20 441 Personen, und zwar 1676 im Café Eggellor, Tauchaer Str. 25, 1893 in E.-Plagwitz, 2100 in E.-Lindenau, 1061 in E.-Gohlis, 1344 in E.-Kleinzschocher, 2138 in E.-Neureuditz, 2530 in E.-Reuditz, 2897 in E.-Neustadt, 1760 in E.-Connewitz und 2768 im Volkshaus, Heizer Straße 32, das Krankengeld erhoben. An Wannen-, Bassin- und Dampfbademarken wurden 100 Stück an die Mitglieder oder deren Angehörige verabfolgt. Der Verkauf erfolgt nach wie vor ohne ärztliche Verordnung gegen ermäßigten Kostenpreis sowohl im Hauptbüro, als auch in den vorerwähnten Filialen. Im Berichtsmonat fanden Aufnahme im Genesungsheim Augustusbad 34 männl. 75 weibl. Mitglieder in der Heilmittelle Gleebberg 42 „ „ „ in der Heilmittelle Frießel 23 „ „ „ im Erholungsheim Rauhof . . . 16 „ „ „ Zusammen 60 männl. 140 weibl. Mitglieder

Die eingeklammerten Zahlen betreffen den gleichen Monat des Vorjahres.

Aus der Jugendbewegung.

Wer hat sich geändert . . . ?

Der Lübecker Volksbote meldet in einem Bericht über ein Sommerfest der Freien Jugend Lübecks u. a.:

Die Weisen der Schuhmannskapelle, die ein gutgewähltes Konzertprogramm unter der Leitung des Herrn Wachtmeister Gebert zum Vortrag brachte, wurden lebhaft applaudiert . . .

Die Mühlheimer Volkszeitung bemerkt dazu: „Eine Schuhmannskapelle bei einem Konzerte der Freien Jugend — auch ein kleiner Beitrag zum Kapitel der politischen „Renovierung“ und versteht das ganze mit der Ueberschrift: „Wie sich die Zeiten verändern.“

Die Seiten? Wir meinen, gewisse Jugendführer!

Erwerb das Bürgerrecht.

Spezialgerichte für heute: Milchpreis u. verschiedene andere Eierpreise. — Morgen: Kaninchenbraten. Welschkraut mit Fleisch

Ueberfluß.

Roman von Martin Andersen Nexø.

Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Herm. Kiy. (Nachdruck verboten.)

Karl las den Brief nochmals von vorne. Er entsann sich nicht mehr recht, was er selber geschrieben hatte; es handelte sich ja wohl um die Stellung des Vaters zur Mutter, aber die ganze verbitterte Stimmung von neuem war verschwunden. Er mußte etwas hart geschrieben haben, härter, als er gewollt hatte, denn der Vater war zugleich zornig und betrübt. Und was ging es ihn denn an, was die Mutter tat und wie der Vater sich dazu stellte? In diesem Punkte hatte der Vater recht; das Recht der Jahre und der Erfahrung, das ganze unheimliche Recht der Selbstaufgabe, war aus des Vaters Seite.

So war es! Man mußte lächerlich jung und unerfahren sein, um überhaupt etwas Selbständiges von sich oder andern zu erwarten. Die Menschen schlenderten durchs Leben wie eine Herde Schafe, wo jedes einzeln Geschwindigkeit und Richtung der ganzen Herde einhielt. Kein bestimmender Wille, nur Zufälle und ein Mit-dem-Strom-Treiben. Historisch gesehen, erinnerte der Entwicklungsgang an das idiotische Taumeln eines nuchternen Kalbes, wenn es sich zum erstenmal aufrichtet und mit geschlossenen Augen und labberndem Munde schwanfend auf einem Fied steht — und nur von der Stelle kommt, weil es von Zeit zu Zeit das Gleichgewicht verliert.

Die Intelligenzesten waren mit in der Schafherde. Der ganze Unterschied zwischen ihnen und den andern bestand darin, daß sie sich ihres Mittelschlenderns bewußt waren, es als unwürdig empfanden und sich auf die Erfahrung bezogen, um seine Unumgänglichkeit festzustellen. Seine ersten Schritte würden dem Eintritt in die Herde gelten, seine nächsten unwillkürlich darauf ausgehen, Tritt und Richtung zu halten, denn es gab überhaupt keine andre Form für das Leben als dieses zufällige, willenslose Vorwärtsschieben der Herde.

Und da wollte er mit dem Vater ins Gericht gehen, der jedenfalls das vor ihm voraus hatte, daß er ehrlich war und die Dinge nüchtern betrachtete!

Es brachte ihm seinen Ueberzähler, den sie ausgebüttelt hatte. Still kam sie und stand mit unsicherem Lächeln vor ihm:

„Du siehst so mißmutig aus, geht es deinen Eltern nicht gut?“

Er zog sie auf seinen Schoß und küßte sie heftig: „Gewiß, es geht ihnen so gut, wie sie verdienen — so gut es mit uns allen, nicht wahr?“

„Mir geht es viel, viel besser. Aber du darfst mich nicht so oft küssen. Mutter sagt, meine Lippen wären in der letzten Zeit so vell geworden.“

„Das sind sie, und dein Busen und dein Blut auch. Du gleichst einer schönen Blume, die im Begriff ist, sich zu entfalten.“

„Des kommt daher, weil du mich liebst, du Teurer,“ sagte sie und errödete vor Freude. „Aber du bist gar nicht so froh; ist es denn nicht schön, einander lieb zu haben?“

„Doch, aber ich bin so unglücklich veranlagt, daß ich alles in die verkehrte Reihe bekomme. Ich gehöre gewiß gar nicht ins Leben hinein, ich hätte eine Distel oder ein Stachelkaktus, allerhöchstens ein Igel werden sollen — irgend etwas, das sich zusammenrollen und nach allen Seiten die Stacheln zeigen könnte. Dann würdest ihr euch alle an mir stechen.“

„Aber dann stänke ich mich ja auch an dir, wenn ich dich an mich und die beiden Kleinen hier zöge, von denen du selbst sagst, sie wären so lieb; das wäre doch unrecht.“ Sie preßte seinen Kopf an ihre Brust.

Es war ein mildes, feuchtes Herbstwetter; der weiße Nebel verhielte die Aussicht; als seiner Staubregen trieb er Karl entgegen, als er seinen Morgenspaziergang machte. Der Weg war morastig; naßkalte, säuerliche Dünste stiegen aus Gräben und Feldern empor, füllten die Luft mit einem Gecsch nach rohem Fleisch und reizten die Geruchsnerven, so daß er auf dem Scheitel ein Reißen verspürte.

Als die Bäume des Kirchhofs zu schwachen Umrissen aus dem Nebel aufstauten, mußte er an die Zelten in Kopenhagen denken, wo er verzweifelt ums Leben gekämpft hatte und beim bloßen Anblick eines Sargmagazins in Angstschweiß geraten war. „Seltsam, seltsam!“ dachte er und bekam Luft, auf den Friedhof zu gehen, wo der große, stürzende Fäulnisprozess um ihn her doppelt kräftig wirken mußte.

An der Ecke des Kirchhofs sah eine verhällte Frauengestalt und startete in versteineter Ruhe in ihren Schoß. Aber plötzlich hob sie den Kopf, und beim Anblick ihres Gesichts zuckte Bauder zusammen. Sie erhob sich schnell und stand sonderbar groß gegen den Nebel und die helle Kirchhofsmauer, dann drehte sie sich um und ging langsam vorwärts, so daß er sie einholen mußte.

Es war Frau Sörensen.

Er war fest entschlossen, geradeaus zu wandern und über sich ergehen zu lassen, was kommen mußte; aber sein Herz begann heftig zu klopfen, und eine unerklärliche Angst erfüllte ihn; unwillkürlich bog er an der Ecke ein und ging durch die Kirchhofspforte. Das war ja auch meine Absicht, bevor ich sie sah, dachte er zur Entschuldigung.

Er suchte eine Bank unter einer Traueresehe auf, deren Zweige im Sommer ein geschlossenes Laubversteck bilden mußten; dort sah er und spähte mit Heberndem Blut wie ein Verfolger. Von Zeit zu Zeit sah er ihren Kopf über der Mauer als dunkeln Fleck im Nebel — sie fuhr fort, sich vom Kirchhof zu entfernen.

Er hatte sich nach einem besseren Versteck umgesehen, gab es aber wieder auf und lagte ein wenig über sich und seine Angst. Sie wollte ja selbst eine Begegnung vermeiden, da sie aufstand und wegging, als er kam; sie war natürlich aufgebracht, weil er ihr die Blumen zurückgeschickt hatte.

Zerstreckt las er die Inschriften auf den Gräbern. „Ich gehe heim, um mit meinen Lieben zusammen zu sein“, stand auf einem Grabmal; auf einem andern: „Hier ruht ein gelinder, braver Knabe.“ Er lächelte in Gedanken und er-

innerte sich anderer drockiger Grabinschriften, von denen er gelesen hatte, und gleichzeitig fiel ihm ein, daß er den Kirchhof verlassen müsse, wenn er nicht durch und durch nah werden wollte; der Nebel troff von den Zweigen und fiel in großen Tropfen auf ihn herab. Aber er blieb trotzdem stehen und versuchte, eine wichtige Grabinschrift für sich selbst zu verfassen:

„Er hatte eine ewig-mißvergnügte Weltanschauung — infolge cleder Verdauung.“

„Ewig? Na, ja, die Worte klangen ganz nett. Aber stammten sie von ihm selber? Sie nuteten ihn so bekannt an.“

Zugtritte auf dem Kies ließen ihn zusammenfahren und aufschreien; Frau Sörensen kam auf ihn zu, sie mußte an der andern Ecke des Kirchhofs, wo gleichfalls ein Törfchen war, hereingekommen sein. Ihre Augen blickten stehend, und sie hatte rote Flecken im Gesicht.

„Haben Sie Angst vor mir?“ fragte sie bitter.

„Nein — ich — warum?“ fragte er verwirrt.

„Ich dachte bloß, Sie wichen mir aus, — aber das haben Sie nicht nötig. Ich wollte nur — nun, wo ich fortziehe und Sie vielleicht nie mehr zu sehen bekomme —“

„Reisen Sie fort?“ fragte Karl erstaunt. „Von Ihrem Manne fort? Im Ernst?“

„Ja, heut' abend. Und da ich Sie traf, meinte ich, ich wollte Ihnen adieu sagen. Dessen brauchen Sie sich wenigstens nicht zu schämen — wie der Blumen.“

(Vorsetzung folgt.)

Teer.

11.

Ein höchst wichtiger Stoff, der aus Teer gewonnen wird, ist das Anthracenol oder Anilin, das aus 8 Teilen Kohlenstoff, 7 Teilen Wasserstoff und 1 Teil Stickstoff besteht. Durch trockene Destillation von Indigo erhielt Inverdorben 1828 einen eigentümlichen flüssigen Körper, der sich mit Säuren zu gut kristallisierbaren Salzen vereinigte, und den er deshalb Kristallin nannte. Klunge fand 1841 im „Steinölstein“ eine Verbindung, die mit Chloroformlösung eine lasurblaue Farbe gab, während die Lösungen ihrer Salze damit violettblau gefärbt wurden, weshalb er die neue Verbindung Anilin oder Cyanol nannte. Frigishe untersuchte 1840 diesen Stoff näher und nannte ihn Anilin, welche Bezeichnung bis heute im Gebrauch geblieben ist. Anilin findet sich nicht nur in den Destillationsprodukten der Steinöhlen, sondern auch in denen der Knochen und des Torfs.

Anilin ist eine farblose, eigentümlich riechende Flüssigkeit, die bei 183,7 Grad siedet. Dem Licht und der Luft ausgesetzt, färbt es sich braun. In Wasser ist es wenig löslich; denn 100 Teile davon lösen bei gewöhnlicher Temperatur nur 3 Teile Anilin. Dagegen löst es sich in Alkohol, Äther und Benzol in jedem Verhältnis. Anilin ist ein starkes Gift, dessen Wirkung sich hauptsächlich im Nervensystem kundgibt. Die Anilinderivaten, die hauptsächlich durch das Einatmen von Anilindämpfen entstehen; geben sich zunächst durch Blaufärbung der Lippenränder kund. Hierzu gesellt sich ein Zustand leichter Trunkenheit. Der Gang wird taumelnd, die Sprache schwerfällig, die Gesichtsfarbe fahl, und der Appetit fehlt gänzlich. Diergegen wendet man starke Abführmittel an; bei schwereren Fällen Reizmittel in Form von Ueberziehungen, innerliche Anwendung von Äther u. dgl. — Seine Hauptanwendung findet Anilin in der Farbenindustrie. U. S. Berlin stellte 1855 einen blauvioletten Farbstoff aus Anilin und Chromsäure her, das Mauvein, und zeigte, daß dieser Farbstoff sich auf Geweben fixieren läßt. A. W. Hofmann, der in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als Chemiker in England tätig war, später nach Berlin überlebte, wofür er als Universitätsprofessor 1802 starb, entdeckte 1858 das Rosanilin, und in demselben Jahre stellte Verguin das Fuchsin dar. Seit dieser Zeit hat die Anilinfarbenindustrie einen riesigen Aufschwung genommen, und unsre weltberühmten Farbenfabriken wissen viel davon zu erzählen. Die Zahl der Anilinfarben hat die statistische Höhe von gegen 800 erreicht, und ununterbrochen kommen neue Produkte dieses Gebietes an den Markt.

Zu den Produkten aus Steinteer und verwandten Körpern gehört auch das Benzol. 1825 erhielt Faraday durch Destillation fetter Öle einen Stoff, den er Doppelkohlenwasserstoff nannte. Denselben Körper erhielt Mitscherlich 1844 durch Festsillation von Benzoesäure mit gelochtem Kalk und nannte ihn deshalb Benzol, welchen Namen Justus v. Liebig aus wissenschaftlichen Gründen in Benzol verwandelte. Ein Schiller Liebig's, der bereits oben erwähnte A. W. Hofmann, stellte 1845 Benzol aus Steinteer dar. Benzol, bestehend aus 6 Teilen Kohlenstoff und 6 Teilen Wasserstoff, ist eine farblose, leicht bewegliche und stark lichtbrechende Flüssigkeit, die eigentümlich riecht, bei 80,5 Grad siedet und in der Kälte zu rhombischen Kristallen erstarrt, die bei 4,5 Grad schmelzen. Es ist leicht entzündlich und brennt mit leuchtender, stark rußender Flamme. In Wasser ist es wenig löslich, wohl aber in Alkohol, Äther, Chloroform u. dgl. Nimmt man den Dampf von 10 Gramm Benzol ein, so entstehen Schwindel, Ohrensausen, Brech- und Stusenreiz, sowie Schläfrigkeit. Noch größere Menschen wirken ähnlich wie Chloroform. Das im Handel vorkommende Benzol wird meist aus Petroleum gewonnen und ist kein reines Benzol, sondern ein Gemenge von verschiedenen Kohlenwasserstoffen, daher hat es auch keinen bestimmten Siedepunkt, sondern dieser liegt zwischen 70 und 90 Grad. Es löst Fette, Harze, Kautschuk auf, und deshalb verwendet man es als Fleckwasser, Terpentinlösung zu Struiffen, zum Entsetzen der Wolle u. dgl. Da seine Dämpfe mit atmosphärischer Luft gemischt ein explosives Gemenge bilden, benutzt man es zum Betrieb der nach ihm benannten Benzinmotore.

Ein weiterer wertvoller Bestandteil des Steinteerens ist Anthracen. Es besteht aus 14 Teilen Kohlenstoff und 10 Teilen Wasserstoff und bildet farblose Tafeln, die bei 213 Grad schmelzen und 380 Grad siedet, ist unlöslich in Wasser, schwer löslich in Alkohol und Äther, leicht löslich in siedendem Benzol. Es wird jetzt in großen Betrieben dargestellt, da es zur Darstellung des Alizarin dient. Alizarin, dieser schöne rote und sehr beständige Farbstoff, wurde früher ausschließlich aus der Wurzel der Krappspilanz, die in den Mittelmeerländern heimisch ist, gewonnen. Es kommt in dieser Pflanze aber nicht fertig gebildet vor, sondern als Ruberythrin, die durch Säuren oder Alkalien in Alizarin und Traubenzucker zerlegt wird. Diefelbe Zerlegung bewirkt ein in der Krappwurzel enthaltenes, nicht näher bekanntes Ferment. Daher kommt in älterem gemahlenen Krapp freies Alizarin vor und kann durch Alkohol oder Petroleum extrahiert werden. Alizarin kristallisiert aus Alkohol in wogereuten Prismen, die beim Erhitzen auf 100 Grad rein rot werden. In kaltem Wasser ist es kaum löslich, etwas mehr in kochendem, leichter in Alkohol und Äther. In Alkalien ist es mit Purpurfarbe löslich. Mit Metall-

oxyden bildet es farbige Verbindungen, und daher unterscheidet man Alizarinblau, Alizarinrot, Alizarinorange, Alizarinschwarz, Alizarin und Alizarin geben mit Lösungen von Alizarinverbindungen schön rote Niederschläge, die als Krappplacke in den Handel kommen. Eisenoxydsalze liefern mit Alizarin violett-schwarze Niederschläge, woraus die Darstellung der beliebtesten Alizarinfärberei beruht. Auf der Eigenschaft des Alizarins, unlösliche gefärbte Metallverbindungen zu bilden, beruht die Anwendung des Krapps zur Färberei und Kathodendruckerei. Mit Tonerde geheizte Zeuge werden durch Krapp tiefrot. Das Färben mit Krapp ist einer der wichtigsten Zweige der Färbekunst, dazu wird der Krapp vorzugsweise in der Levante, in Frankreich und Holland kultiviert. Seitdem aber 1868 Graebe und Liebermann die chemische Konstitution des Alizarins festgestellt haben, wird es fast nur noch aus Anthracen hergestellt.

Dr. M. Schulze.

Kleine Chronik.

Eine volkstümliche Luther-Feier, wie sie aus Anlaß der vierhundertjährigen Feier der Leipziger Reformation zum Besten der Kriegsnopfer am Sonntag und Montag in der Albertshalle veranstaltet wurde, sollte doch vor allem den Reformatoren selber Kraft und eigentümlich zu Worte kommen lassen. Bekanntlich war Luther ein hervorragender Meister des deutschen Worts, ein Prosaist, wie man aus seiner Zeit kaum einen zweiten kennt. Die Fülle seiner Dichtungen und Schriften kann die Veranstalter solcher Feiern niemals in die Verlegenheit beschränkter Stoffvorräte bringen. Für eine volkstümliche Feier ist ohnedies das Beste, nämlich das ursprüngliche Wort des Meisters selber, gerade am besten. Am Sonntag war nun viel von und über Luther die Rede, doch selber kam der zu feiernde ganz wenig zu Worte. Dagegen erstellte man mehreren Komponisten, die hier heimisch sind, und einem Dichter die Erlaubnis, Luther zu besingen und in dramatischen Bildern vorzuführen. Diefem Luther aus zweiter Hand schickte naturgemäß die fernste Kraft des Originals. Die schlichten Weisen (von M. Georg Winter, Max Engel, Ernst Willer), meist für Kinder geschrieben, waren ebenso wie Eduard Kempfs anspruchslöse, mit geschichtlichen Voraussetzungen arbeitende Verhöblichkeit der wohlgenachte Ausdruck geheimer Gedankensinnung, die künstlerischem Ehrgeiz nicht Raum gibt. Die Albertshalle war stark besetzt, so daß dem guten Zweck ein hübsches Scherchen zuzufügen wird. Man folgte allen Darbietungen mit viel Anteil und bedankte sich herzlich bei den zahlreichen Mitwirkenden, von denen der junge Luther des Thomases Reich Jacobi, der alte Luther Lothar Börners, der Spielfelder Wolmar Günkel und die sehr rein singenden braven Ainderhöre mit besonderer Anerkennung zu nennen sind. sk.

Die Plagiatschaffler haben wieder zu tun. Kaum hat die Komödie des Dresdeners Robert Gröblich, Dyderepotts Erben, die am Sonntag im Schauspielhaus gegeben wird, in Dresden und Berlin gefallen, so melden sich auch schon die Leute, die ein Eigentumsrecht am Stoff der Komödie geltend machen. Einer hat 1912 eine Erzählung veröffentlicht, in der wie bei Gröblich von einem Sonderling ein Hund zum Haupterben eingesetzt wird. Dieser Herr wird dadurch erledigt, daß Gröblich selber bereits 1907 eine Erbschaftsgeschichte herausgegeben hat, die die Grundidee seiner Komödie enthält. Ein anderer hat schon 1901 einen Einakter Der heilige Baum veröffentlicht, in dem der Mattheusfischer, seine Erbschaft und seine Ermordung durch den ebenfalls Erben vorkommt. Und endlich wird darauf hingewiesen, daß auch eine 1907 in deutscher Uebersetzung erschienene amerikanische Geschichte ähnlich verlaufe wie die erfolgreiche Komödie. Vorans nichts weiter zu schließen sein dürfte, als daß sie alleamt, Gröblich wie seine Nebenbuhler, ein weitverbreitetes, wahrscheinlich durch viele Literaturen wanderndes Motiv benutzt haben, jeder mit dem gleichen Recht, aber nicht mit dem gleichen Erfolg. Die aber nicht dieselbe glückliche Hand hatten wie Gröblich, sollten doch lieber in stiller Kammerlicht darüber nachdenken, ob sie nicht selber an ihrem Wiserfeld schuld sind, als auf den Markt laufen und damit prähen, daß sie auch einmal ein vogelfreies Motiv zu verarbeiteten unternommen und mindestens Gekleid dabei bewiesen haben als der glückliche Tantiemenschluder des Kriegsjahrs 1917. gm.

Neues Theater. Mittwoch, 7 Uhr: Carmen. Donnerstag, 7 Uhr: Die Braut von Messina. Freitag, 7 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten (neu einstudiert). Sonnabend, 7 Uhr: Don Juan. Sonntag, 8 Uhr: Lohengrin. Montag, 7 Uhr: Figaros Hochzeit. — Neues Theater. Mittwoch, 7 Uhr: Die Glöckchen. Donnerstag, 7 Uhr: Die Glöckchen. Freitag, 7 Uhr: Im weißen Rösch (volkstümliche Vorstellung). Sonnabend, 7 Uhr: König Richard II. Sonntag, 7 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Die Kreuzschreiber). 7 Uhr: König Richard II. Montag, 7 Uhr: Die Kreuzschreiber. — Neues Operettentheater. Mittwoch, 7 Uhr: Eva. Donnerstag, 7 Uhr: Die Fahrt ins Glück. Freitag, 7 Uhr: Künstlerblut (volkstümliche Vorstellung). Sonnabend, 7 Uhr: Panuschka (Aufführung). Sonntag, 7 Uhr: Panuschka. Montag, 7 Uhr: Wiener Blut (volkstümliche Vorstellung).

Leipziger Schauspielhaus. Mittwoch, Donnerstag, Freitag, 7 Uhr: Die Königin der Luft. Sonnabend, 7 Uhr: Mauerung (Ueberspiel von Emil Göt). Erstaufführung. Sonntag, 7 Uhr: Künstlerische Morgenfeier (Emil Göt), 7 Uhr: Die Königin der Luft (Einheitspreise), 7 Uhr: Dyderepotts Erben (Komödie von Robert Gröblich, Erstaufführung). Montag, 7 Uhr: Mauerung. Dienstag, 2. Oktober, 7 Uhr: Dyderepotts Erben.

Vattenbergetheater. Abends: Die Rose vom Rhein.

Eingelaufene Schriften.

Die deutsche Freiheit. Fünf Vorträge (von Barnack, Meinede, Serling, Zwelfsch, Hinge), herausgegeben vom Bund deutscher Gelehrter und Künstler. Götting, Verlag von Friedrich Andreas Perthes, N. O. Preis 1.00 M.

Rechtlich Uchuowale, Der Zimmer. Leipzig, Verlag von Kurt Wolff. Preis 1.50 M., gebunden 6 M.

Wilhelm Peter von Berger, Richard Wagner als Kulturerscheinung. Sieben Vorträge. Autorisierte Uebersetzung aus dem Schwedischen von Marie Franzos. Leipzig, Verlag von Breitkopf u. Härtel. Preis 2 M.

Walter Niemann, Jean Sibelius. Leipzig, Verlag von Breitkopf u. Härtel. Preis gebunden 4 M.

Dr. Kathi Meyer, Der historische Gehang der Frauen mit besonderer Bezugnahme seiner Betätigung auf geistliches Gebiet. Erster Teil: Bis zur Zeit um 1800. Leipzig, Verlag von Breitkopf u. Härtel. Preis 5 M.

Dr. R. Luczynski, Unsere Finanzen nach dem Arriere Berlin, Verlag von Justus Springer. Preis 1.40 M.

H. Sager, Die Priestertum. Drama in drei Akten. Münchener Verlag von R. Beck (S. Halle). Preis 1 M.

Robert Grimm, Ammerwald und Kienhol. Neu-Vel Promosch-Verlag. Preis 80 Rappen.

Dr. P. Durr, Belgien als französische Ostmark. Zur Vorgeschichte des Arriere. Berlin SW. 68, Verlag von Max Schöner.

* Vergleiche Nr. 104 vom 21. August.

